

FÜR EINE BESSERE GLOBALISIERUNG WIE DEUTSCHLAND DER KRITIK BEGEGNEN KANN

OECD-Reihe “Better Policies”

April 2017

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

Dieses Dokument und die darin enthaltenen Karten sowie Daten berühren weder den völkerrechtlichen Status von Territorien noch die Souveränität über Territorien, den Verlauf internationaler Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten oder Gebieten.

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland gemäß internationalem Recht.

Dieser Text ist Teil der Publikationsreihe „Better Policies“. Er wurde unter der Leitung von Gabriela Ramos und Juan Yermo von Isabell Koske mit Unterstützung von Tara Marwah koordiniert. Autoren: Pierre Beynet, Sarah Box, Bert Brys, Aida Caldera Sanchez, Hans Christiansen, Lucia Cusmano, Andrew Davies, Andrés Fuentes Hufilter, Caitlyn Guthrie, Julia Nielson, Angelica Salvi Del Pero, Jehan Sauvage, Patrizio Sicari, Shunta Yamaguchi. Isabelle Renaud kümmerte sich um Herstellung und Administratives.

Fotos: © Shutterstock.com

Korrigenda zu OECD-Veröffentlichungen sind verfügbar unter: www.oecd.org/about/publishing/corrigenda.
© OECD 2017

Die OECD gestattet das Kopieren, Herunterladen und Abdrucken von OECD-Inhalten für den eigenen Gebrauch sowie das Einfügen von Auszügen aus OECD-Veröffentlichungen, -Datenbanken und -Multimediaprodukten in eigene Dokumente, Präsentationen, Blogs, Websites und Lehrmaterialien, vorausgesetzt die Quelle und der Urheberrechtsinhaber werden in geeigneter Weise genannt. Sämtliche Anfragen bezüglich Verwendung für öffentliche oder kommerzielle Zwecke bzw. Übersetzungsrechte sind zu richten an: rights@oecd.org. Die Genehmigung zur Kopie von Teilen dieser Publikation für den öffentlichen oder kommerziellen Gebrauch ist direkt einzuholen beim Copyright Clearance Center (CCC) unter info@copyright.com oder beim Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) unter contact@cfcopies.com.

VORWORT

In vielen Ländern und vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften äußern die Menschen wachsenden Unmut über die Globalisierung. Sie haben den Eindruck, dass von ihren Vorteilen vor allem ein kleiner, ohnehin besser gestellter Teil der Bevölkerung profitiert. Die Zahlen bestätigen dies. Während die wohlhabendsten 10% der privaten Haushalte etwa 50% des gesamten Haushaltsvermögens auf sich vereinen, entfallen auf die ärmsten 60% nur 13%. Außerdem sind viele Bürgerinnen und Bürger unzufrieden darüber, wie die wirtschaftliche Integration vorangetrieben wurde. Sie beklagen einen Mangel an Transparenz und zu viele Interessenkonflikte zwischen Politik und Wirtschaft. Aufsehenerregende Korruptions-, Steuerhinterziehungs- und Steuerumgehungsskandale weckten zunehmend den Eindruck, dass es eine Elite gibt, für die andere Regeln gelten als für den Rest der Bevölkerung.

Ein Großteil dieser Unzufriedenheit kann zwar den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise zugeschrieben werden, die eigentlichen Ursachen sind jedoch komplexer. Einige der negativen Effekte, die die Unzufriedenheit wachsen lassen, hängen stärker mit dem technologischen Wandel zusammen als mit der Globalisierung an sich, allerdings sind diese beiden Elemente eng miteinander verknüpft. Außerdem zeigten die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die negativen Effekte der wirtschaftlichen Öffnung für bestimmte Gruppen, Branchen und Regionen abzumildern, nicht immer die gewünschte Wirkung, und die weltweite Rechtsetzungstätigkeit konnte nicht mit der Realität Schritt halten. Die wirtschaftliche Integration rückgängig zu machen, ist angesichts ihrer zahlreichen Vorteile keine Lösung. Vielmehr müssen wir Wege finden, um zu gewährleisten, dass alle von dieser Integration profitieren können. Dieser Bericht legt dar, was getan werden muss – auf globaler Ebene, auf europäischer Ebene und in Deutschland –, um die Globalisierung gerechter und inklusiver zu gestalten.

Auf globaler Ebene müssen wir mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern und dazu das ganze Spektrum verfügbarer Kooperationsinstrumente nutzen, von verbindlichen Vereinbarungen bis hin zu „Soft-law“-Leitlinien. In der heutigen Welt, in der alles vernetzt ist, ist internationale Kooperation unabdingbar. Sie kann die Wirksamkeit und Effizienz der Politik erhöhen und zudem helfen, Politikversagen zu verhindern. Im Alleingang sind die Länder nicht in der Lage, globalen Problemen wie Klimawandel, Pandemien und internationaler Steuerhinterziehung zu begegnen. Internationalen Standards kommt eine wichtige Rolle zu; um erfolgreich zu sein, müssen sie jedoch ständig überprüft und aktualisiert werden, damit sie relevant und zielführend bleiben. Wir müssen Wege finden, die Öffentlichkeit besser in diesen Prozess einzubinden, und wir müssen bei der Aushandlung internationaler Handels- und Investitionsabkommen auch aktiver den Dialog mit den verschiedenen relevanten Akteuren suchen, um sicherzustellen, dass ihren Anliegen hinreichend Rechnung getragen wird.

Damit Europa bei der Förderung einer Politik inklusiven Wachstums eine Führungsrolle auf globaler Ebene übernehmen kann, ist es entscheidend, den Erfolg des europäischen Modells – das auf Grundwerten wie Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte beruht – unter Beweis zu stellen. Deshalb muss Europa damit fortfahren, die Systeme der sozialen Sicherung an neue Beschäftigungsformen anzupassen, die Steuer- und Transfersysteme progressiver zu gestalten und die Aktivierungsmaßnahmen für Arbeitslose zu stärken. Entscheidend ist auch eine schnellere Umsetzung des digitalen Binnenmarkts und die rasche Vollendung des Binnenmarkts im Bereich der Netzindustrien und Dienstleistungen. Außerdem muss Europa den Finanzsektor in den Dienst der Bürger und Unternehmen stellen. Dazu gilt es, resolutere Aktionen zu ergreifen, um dem Problem der notleidenden Kredite zu begegnen, und die Europäische Bankenunion zu vollenden.

Auch wenn die Lebensqualität in Deutschland bereits höher ist als in vielen anderen Ländern, muss die Bundesrepublik beispielgebend in Sachen guter Politik sein. Deutschland könnte z.B. mehr tun, um allen ausreichende Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung zu bieten, die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen und kleinen Unternehmen zu helfen, die Chancen der digitalen Wirtschaft zu nutzen. Auch eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen, vor allem auf kommunaler Ebene, ist unerlässlich, um den Investitionsbedarf in den Bereichen Bildung, Verkehr und digitale Infrastruktur zu decken.

Die OECD arbeitet mit der Bundesregierung bereits in vielen dieser Fragen zusammen, nicht zuletzt, indem wir Deutschland bei seinem G20-Vorsitz unterstützen. Wir sehen einer weiteren Vertiefung dieser Zusammenarbeit mit großem Interesse entgegen, um sicherzustellen, dass die Vorteile der wirtschaftlichen Integration weiteren Teilen der Bevölkerung zugutekommen und dass ehrgeizigere Spielregeln gelten. Lassen Sie uns zusammen auf eine gerechtere, inklusivere und nachhaltigere Globalisierung hinarbeiten – eine Globalisierung, die ihrem eigentlichen Zweck gerecht wird, nämlich das Leben der Menschen zu verbessern.



Angel Gurría
OECD-Generalsekretär

INHALTSVERZEICHNIS

DAS AUFBEGEHREN GEGEN DIE GLOBALISIERUNG	3
LÖSUNGEN AUF GLOBALER EBENE	7
LÖSUNGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE	11
LÖSUNGEN INNERHALB DEUTSCHLANDS	19
WAS DIE OECD BEITRAGEN KANN	26



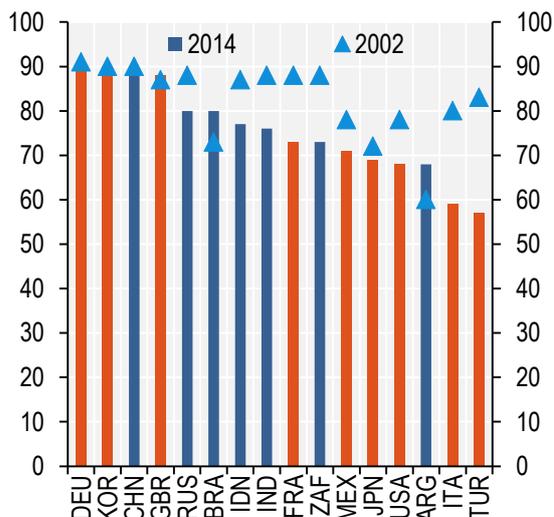
DIE BÜRGER KEHREN DER GLOBALISIERUNG DEN RÜCKEN

In vielen Ländern geben Bürgerinnen und Bürger ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck, wie sich Handel, Technologie und Migration ihrer Ansicht nach auf ihr Leben auswirken. Zwar kann ein Großteil dieses Unmuts den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise zugeschrieben werden, seine eigentlichen Ursachen sind jedoch komplexer. Die Nachteile einer stärkeren Handels- und Wettbewerbsöffnung kommen zumeist sofort und konzentriert zum Tragen, und am stärksten betroffen sind häufig Menschen, die kaum in der Lage sind, sich aus eigener Kraft an die veränderten Umstände anzupassen. Die Vorteile der stärkeren Öffnung sind erheblich, zugleich aber diffuser. Zudem profitiert ein kleiner, privilegierter Teil der Bevölkerung überproportional stark. Einige der negativen Effekte, die die Unzufriedenheit der Menschen wachsen lassen, hängen indessen mehr mit dem technologischen Wandel, insbesondere der Digitalisierung, sowie Versäumnissen der Politik – in Form ineffizienter Regulierungs-, Sozialschutz und Bildungssysteme – zusammen als mit der Globalisierung an sich. Diese Faktoren sind jedoch eng miteinander verknüpft und teilweise kaum voneinander zu trennen. Vielfach dürfte eine zunehmende Zuwanderung die Ängste in Teilen der Gesellschaft verstärkt haben, die den Eindruck haben, kein Gehör zu finden, und sich „abgehängt“ fühlen. Die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten und die Aussichten künftiger Generationen werden zunehmend pessimistisch eingeschätzt. Die Ursachen dieses Aufbegehrens gegen die Globalisierung sind vielfältig und unterscheiden sich von Land zu Land. In einigen G20-Ländern hat sich im Lauf der Zeit jedoch eindeutig eine negativere Einstellung durchgesetzt, und im Durchschnitt ist die Einstellung gegenüber der Globalisierung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weniger positiv als in den aufstrebenden (Abb. 1.1). Die subjektive Wahrnehmung der Globalisierung deckt sich jedoch nicht immer mit der Realität. So gehen die Menschen z.B. davon aus, dass etwa doppelt so viele Zuwanderer in ihrem Land leben als im Schnitt effektiv der Fall ist.

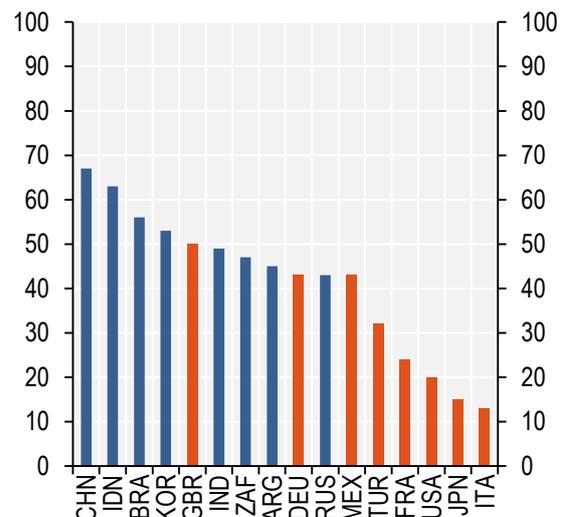
Seit einigen Jahren ist wachsendes Unbehagen über die Globalisierung zu beobachten. Viele haben den Eindruck, dass deren Vorteile vor allem einer kleinen, ohnehin bessergestellten Elite zugutekommen. Die ergriffenen Maßnahmen, um die negativen Effekte zu verringern und den Menschen bei der Anpassung an die Globalisierung und den technologischen Wandel zu helfen, waren nicht immer wirksam.

Abbildung 1.1. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Einstellung gegenüber der Globalisierung negativer als in den aufstrebenden

A. Prozentsatz der Bevölkerung, der die wachsenden Handels- und Wirtschaftsbeziehungen des eigenen Landes positiv oder relativ positiv wertet



B. Prozentsatz der Bevölkerung, dem zufolge Handel Arbeitsplätze schafft, 2014



Anmerkung: OECD-Länder sind rot dargestellt, Nicht-OECD-Länder blau.

Quelle: PewResearchCenter, Global Attitudes Survey, Frühjahr 2014 und 2002.



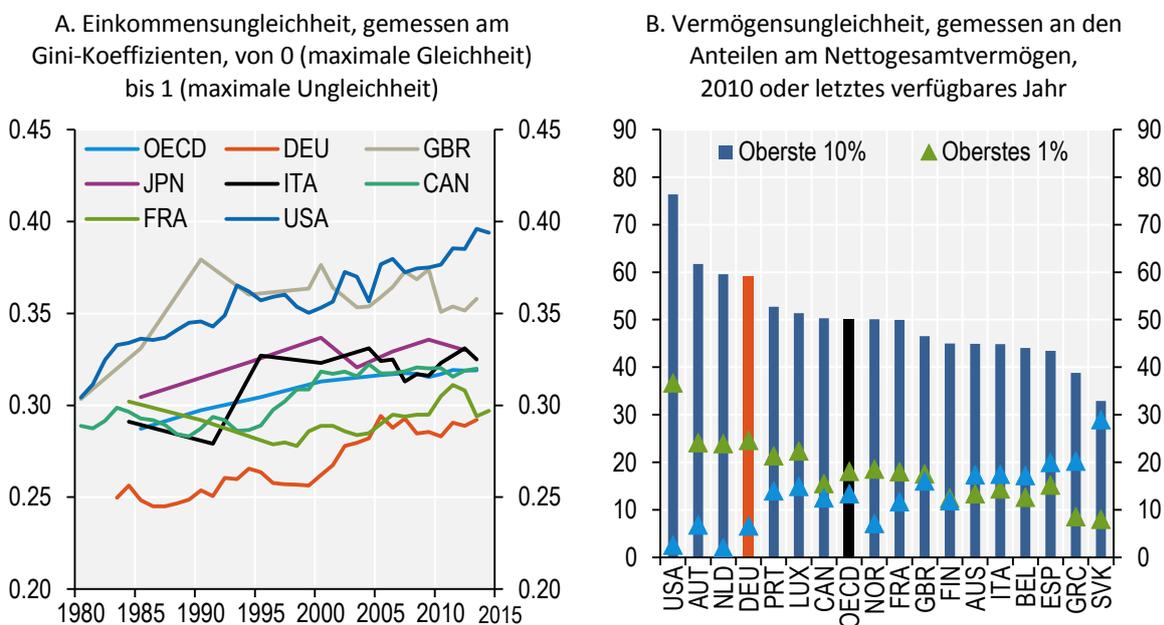
DAS AUFBEGEHREN GEGEN DIE GLOBALISIERUNG

GLOBALISIERUNG UND TECHNOLOGISCHER FORTSCHRITT DRÄNGEN VIELE INS ABSEITS

Dass sich einige Gruppen abgehängt fühlen, hat reale Gründe. Die Globalisierung hat zwar die Ungleichheit zwischen den Ländern verringert, da Entwicklungs- und Schwellenländer aufholen konnten, führte aber zugleich zu einem Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheit innerhalb der Länder.

Durch die Globalisierung ist der Kuchen der Weltwirtschaft zwar größer geworden: Sie war für die Mehrzahl der Länder unabhängig vom Stand ihrer Entwicklung im Schnitt von Vorteil. Allerdings konnten sich nicht alle ein gleich großes Stück von diesem Kuchen abschneiden, und für einige Gruppen hat sich die Situation verschlechtert. Die Globalisierung ermöglichte es über einer Milliarde Menschen, der Armut zu entkommen, vor allem in Asien. Doch während die Ungleichheit auf globaler Ebene abnahm, hat sie sich innerhalb der Länder in den letzten Jahrzehnten im Allgemeinen erhöht, besonders in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (Abb. 1.2, Teil A). 2014 belief sich das Durchschnittseinkommen der am besten verdienenden 10% der Bevölkerung des OECD-Raums auf fast ein 10-Faches des Durchschnittseinkommens der untersten 10% – im Vergleich zu etwa dem 7-Fachen Mitte der 1980er Jahre. In allen OECD-Ländern ist die Vermögensverteilung wesentlich stärker konzentriert als die Einkommensverteilung. Während auf die am besten verdienenden 10% der Bevölkerung etwa 25% des Gesamteinkommens entfallen, vereinen die wohlhabendsten 10% der Bevölkerung 50% des Gesamtvermögens der privaten Haushalte auf sich (Abb. 1.2, Teil B). Auf die unteren 60% der Verteilung entfallen demgegenüber nur 13% des Gesamthaushaltsvermögens. Allzu häufig besteht eine Art Symbiose zwischen dem materiellen Wohlstand und den immateriellen, sozialen Zeichen des Erfolgs wie dem Zugang zu Kultur und Beziehungsnetzwerken der Eltern. Zusammen haben diese Faktoren entscheidenden Einfluss auf den weiteren Lebensweg der Kinder, so dass soziale Ungleichheit in der Eltern- generation zu Chancenungleichheit in der Generation der Kinder führt, von der Bildung über den Arbeitsmarkt bis hin zur Gesundheit.

Abbildung 1.2. In vielen Ländern hat die Ungleichheit ein hohes Niveau erreicht



Quelle: OECD Income Distribution and Poverty Database; OECD Wealth Distribution Database.



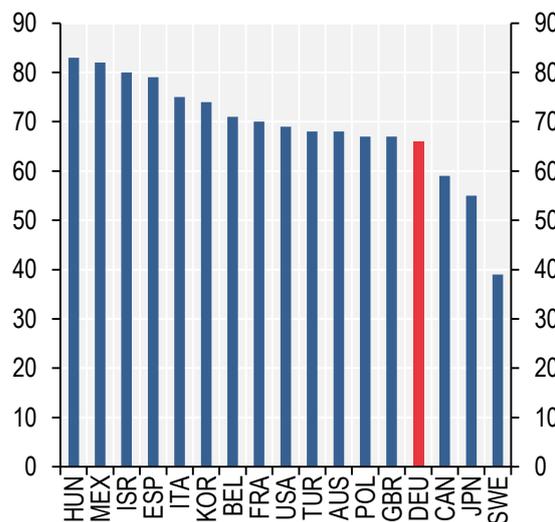
DIE BÜRGER SIND BESORGT ÜBER DIE ART UND WEISE, WIE DIE GLOBALISIERUNG VORANGETRIEBEN WIRD

Viele Bürger haben den Eindruck, dass Handels- und Investitionsabkommen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden, ohne dass eine ausreichende Prüfung durch die Öffentlichkeit oder die demokratischen Instanzen möglich wäre. Mechanismen für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten sowie für die internationale Zusammenarbeit im Regulierungsbereich heizen Debatten über einen möglichen Souveränitätsverlust an. Die Digitalisierung, dank der inzwischen fast jedes Dorf weltweit vernetzt ist, bringt enorme wirtschaftliche und soziale Vorteile, weckt aber zugleich neue Sorgen in Bezug auf Sicherheit und Datenschutz – für Privatpersonen, Unternehmen, ja sogar den Staat. Dies ist zwar keine Folge der Globalisierung an sich, trägt aber zu einem wachsenden Bestreben in der Öffentlichkeit bei, verlorene Kontrolle über das eigene Leben wiederzuerlangen. In vielen OECD-Ländern ist die Auffassung stark verbreitet, dass es zur weltweiten Finanzkrise u.a. deshalb kam, weil große Finanzinstitute Spielregeln schufen, die zu einer Privatisierung der Gewinne bei gleichzeitiger Vergesellschaftung der Verluste führten, und dass diese Situation weiter fortbesteht. Aufsehenerregende Fälle von Steuerhinterziehung und aggressiver Steuervermeidung weckten zunehmend den Eindruck, dass es eine Elite gibt, für die andere Regeln gelten als für alle anderen. Ein großer Teil der Bevölkerung hat das Gefühl, dass das System die Reichen und Mächtigen begünstigt und dass es einer neuen Führung bedarf, um diese Situation zu korrigieren (Abb. 1.3). Im OECD-Durchschnitt bekundeten 2016 nur 42% der Bürger Vertrauen in ihre jeweilige Regierung.

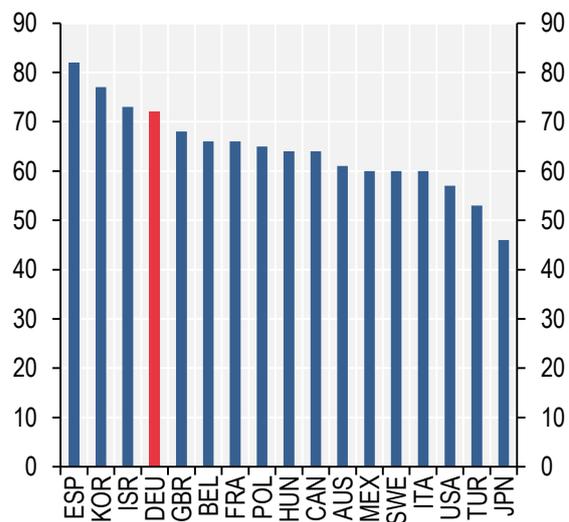
Abgesehen von den Resultaten der Globalisierung bestehen auch Zweifel an ihren Methoden. Viele Bürger haben den Eindruck, dass es an Transparenz fehlt und dass es zu häufig zu Interessenskonflikten zwischen Politik und multinationalen Unternehmen kommt, ja dass teilweise sogar gesetzwidrig gehandelt wird.

Abbildung 1.3. Viele haben das Gefühl, dass das System die Reichen und Mächtigen begünstigt

A. Prozentsatz der Bevölkerung, der meint, dass die Wirtschaft des eigenen Landes zugunsten der Reichen und Mächtigen verzerrt ist, 2016



B. Prozentsatz der Bevölkerung, der kein (großes) Vertrauen in Großunternehmen hat, 2016



Anmerkung: Die Ergebnisse beruhen auf einer Umfrage, die im November 2016 unter 16 597 Erwachsenen im Alter von 16-64 Jahren in allen aufgeführten Ländern durchgeführt wurde.

Quelle: IPSOS Global @dvisor: Power to the People? Part 2, www.ipsos.com/sites/default/files/2017-01/Power_to_the_people_survey-01-2017.pdf.



DAS AUFBEGEHREN GEGEN DIE GLOBALISIERUNG

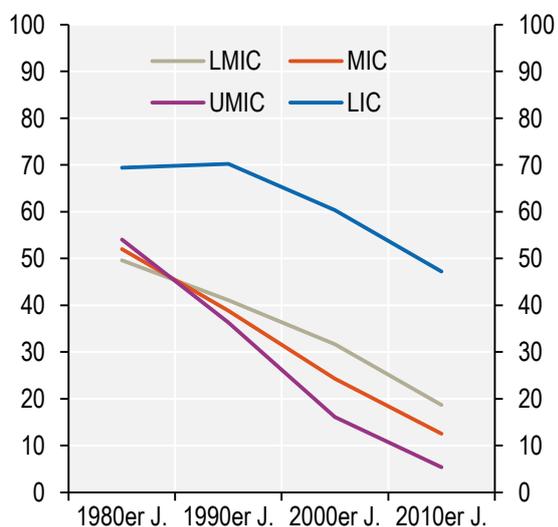
WIR MÜSSEN JETZT HANDELN, UM DIE GLOBALISIERUNG UND DAS WACHSTUM INKLUSIVER ZU GESTALTEN

Die Globalisierung rückgängig zu machen, ist angesichts ihrer vielen Vorteile nicht die richtige Antwort auf die gegenwärtige Unzufriedenheit. Vielmehr müssen wir ihre Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen, indem wir dafür sorgen, dass sie allen zugutekommt.

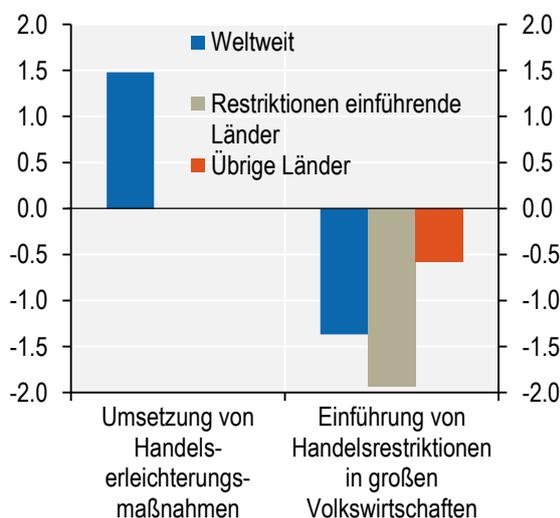
Die Globalisierung rückgängig zu machen, ist angesichts ihrer vielen Vorteile keine Lösung, um der gegenwärtigen Unzufriedenheit zu begegnen (Abb. 1.4). Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass sie allen zugutekommt. Die Globalisierung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck – nämlich zur Steigerung des Wohlergehens aller. Das heißt auch, dass wir zu einem inklusiveren Wachstumsmodell gelangen müssen. Wachstum muss Chancen für alle Teile der Bevölkerung schaffen und dafür sorgen, dass die Dividenden wachsenden Wohlstands in monetärer und nichtmonetärer Sicht gerecht in der Gesellschaft verteilt werden. Es muss ein umweltverträgliches Wachstum sein, bei dem die natürlichen Ressourcen für künftige Generationen erhalten bleiben. Und es muss so geartet sein, dass Wirtschaftskrisen wie jene, die wir 2007/2008 erlebten, verhindert werden. Dazu müssen Menschen und Unternehmen in die Lage versetzt werden, sich erfolgreich an eine im Wandel begriffene Welt anzupassen, muss das gesamte Spektrum verfügbarer Instrumente der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit genutzt werden und müssen Governance-Systeme auf nationaler und internationaler Ebene geöffnet werden, damit eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit möglich ist und das Wohlergehen der Menschen weiter im Mittelpunkt steht. In diesem Bericht wird untersucht, wie die Bundesregierung zu einem umweltverträglicheren und inklusiveren Wachstumsmodell beitragen kann, indem sie sich auf nationaler und auf internationaler Ebene in Europa und in Deutschland für geeignete Politikmaßnahmen einsetzt.

Abbildung 1.4. Die internationale wirtschaftliche Integration hat große Vorteile für die Welt

A. Armut, gemessen am Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,90 US-\$ pro Tag auskommen müssen



B. Mittelfristiger Effekt verschiedener handelspolitischer Szenarien auf das BIP, in Prozent



Anmerkung: Die Armutsgrenze von 1,90 US-\$ wird in Kaufkraftparitäten von 2011 gemessen. LMIC = Länder der mittleren Einkommensgruppe, unterer Bereich, MIC = Länder der mittleren Einkommensgruppe, UMIC = Länder der mittleren Einkommensgruppe, oberer Bereich, LIC = Länder der unteren Einkommensgruppe.

Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des METRO-Modells; Weltbank (2016), *World Development Indicators Database*.



DIE STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS MÜSSEN SICH FÜR DURCHGREIFENDE NATIONALE POLITIKREFORMEN EINSETZEN

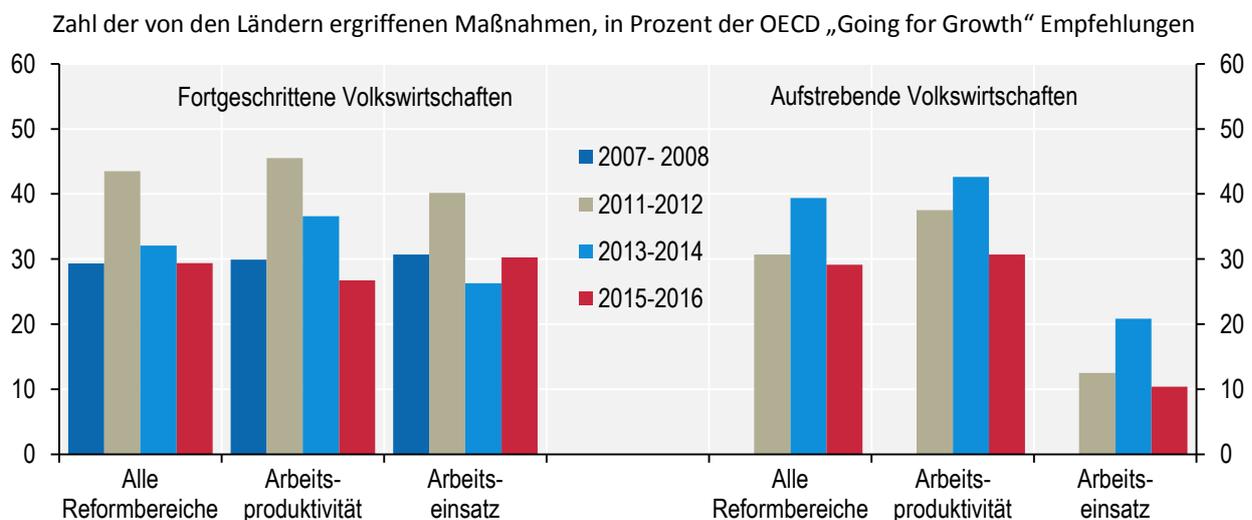
Das Weltwirtschaftswachstum enttäuscht nach wie vor und dürfte 2017 bzw. 2018 auf 3,3% und 3,6% steigen. Das Tempo der Strukturreformen hat sich jedoch trotz dieser schwachen Wachstumsergebnisse im Vergleich zu den Jahren unmittelbar nach der Krise in den meisten Volkswirtschaften verlangsamt (Abb. 2.1). Diese „Reformmüdigkeit“ ist zum Teil Folge und zum Teil Ursache eines wachsenden politischen Dissenses auf nationaler Ebene. Es bedarf einer maßgeblichen Beschleunigung der Reformen, um ein inklusives Wachstum zu fördern. Die Antworten der Politik müssen auf nationaler Ebene gefunden und auf die Gegebenheiten der jeweiligen Länder abgestimmt werden. Globale Governance-Strukturen können dabei jedoch helfen. Denn erstens sind viele der Faktoren, die für das geringe Produktivitätswachstum und die zunehmende Ungleichheit verantwortlich sind, globaler Art und erfordern koordinierte Politikmaßnahmen. Zweitens kann die Wirksamkeit nationaler Reformen durch laufende multilaterale Initiativen erhöht werden. Und drittens können die G20 und die G7 durch den Austausch über empfehlenswerte Praktiken, Peer-Learning, Peer-Review-Verfahren und die Formulierung von Selbstverpflichtungen (wie die Verpflichtung, die Differenz zwischen der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen bis 2025 um 25% zu verringern), ehrgeizige nationale Reformagenden effektiv unterstützen. Um dies zu erreichen, sollten die Mitglieder der G20 und der G7 einer stärkeren Rechenschaftspflicht sowie Peer-Review-Mechanismen zustimmen. Darüber hinaus müssen die Länder nun den Verpflichtungen nachkommen, die sie 2015 im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bzw. des Pariser Klimaschutzabkommens bei der COP21 eingegangen sind.

Eine Beschleunigung der Strukturreformen ist unerlässlich, um der Wachstumsschwäche zu entkommen und für ein inklusiveres Wachstum zu sorgen. Globale Governance-Strukturen wie die G7 und die G20 können bei der Förderung und Koordinierung nationaler Reformanstrengungen eine bedeutende Rolle spielen.

Empfehlungen der OECD:

- Im Rahmen der G7 und der G20 einen umfassenden Politikrahmen für ein inklusives Wachstum auf der Basis von starken Politikverpflichtungen entwickeln.
- Alle G20-Länder ermutigen, sich auf ehrgeizige und inklusive neue Wachstumsziele vorzubereiten.
- Entschlossene Politikmaßnahmen der Länder zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bzw. des Pariser Klimaschutzabkommens (COP21) fördern.

Abbildung 2.1. Unter den Ländern hat, z.T. bedingt durch den wachsenden politischen Dissens, eine „Reformmüdigkeit“ um sich gegriffen



Quelle: OECD (2017), *Economic Policy Reforms 2017: Going for Growth*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/growth-2017-en>.



LÖSUNGEN AUF GLOBALER EBENE

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT KANN ZAHLREICHE VORTEILE BRINGEN

Internationale Zusammenarbeit kann zu administrativen Effizienzgewinnen und kohärenteren Regeln führen. Darüber hinaus kann sie die Effekte von Reformen verstärken und helfen, Politikversagen zu vermeiden.

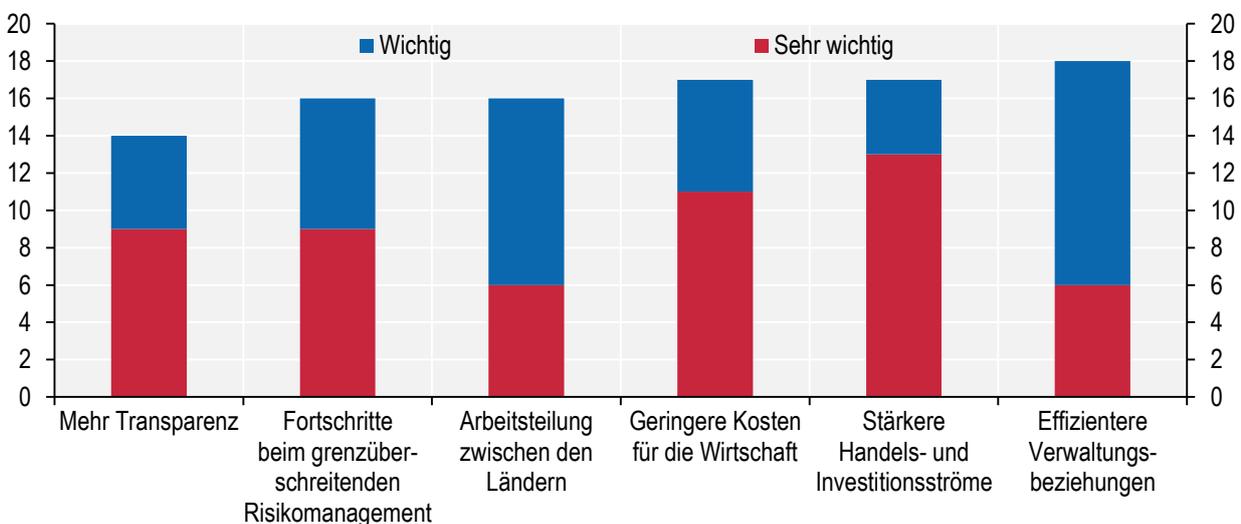
Internationale Zusammenarbeit bei Regulierungs- und Steuerfragen bietet den Ländern die Möglichkeit, ihre Erfahrung und ihr Fachwissen miteinander zu teilen und Infrastrukturen gemeinsam zu nutzen, um Regeln zu entwickeln und umzusetzen und dadurch administrative Effizienzgewinne zu erzielen (Abb. 2.2). Sie kann auch zu kohärenteren Regelungen führen und Kosten für Unternehmen und Bürger senken und hilft darüber hinaus sicherzustellen, dass, z.B. bei Steuerfragen, die effektive Souveränität bei den Ländern bleibt. Hinzu kommt, dass durch Politikmaßnahmen ein größerer Effekt erzielt werden kann, wenn diese konzertiert umgesetzt werden. Schätzungen zufolge hätte beispielsweise ein fiskalischer Impuls in Höhe von 0,5% für die Dauer von zwei Jahren in den Vereinigten Staaten, in Japan und im Euroraum einen um etwa 20-25% geringeren Effekt auf das BIP, wenn sich diese Volkswirtschaften einzeln, statt gemeinsam dazu entschließen würden. In manchen Fällen könnte eine unzureichende Zusammenarbeit dazu führen, dass Politikmaßnahmen gänzlich scheitern. Im Alleingang können die Länder zum Beispiel globalen Problemen wie dem Klimawandel, Pandemien, der internationalen Steuerhinterziehung, der Korruption oder dem illegalen Handel nicht effektiv begegnen. Ebenso sehen sich die Wettbewerbsbehörden bei grenzüberschreitenden Fragen mit enormen Herausforderungen konfrontiert, da sich die Reichweite ihrer Befugnisse nicht mit jener der globalisierten Wirtschaftstätigkeit deckt.

Empfehlungen der OECD:

- Alle Arten von Instrumenten der internationalen Zusammenarbeit – von verbindlichen Vereinbarungen über „Soft-Law“-Leitlinien bis hin zu bewährten Transparenzmaßnahmen – in Betracht ziehen, um den Bedenken im Hinblick auf die Globalisierung Rechnung zu tragen.
- Mit anderen Ländern zusammenarbeiten, um Rechtsrahmen zu schaffen, die den Wettbewerbsbehörden den grenzüberschreitenden Austausch vertraulicher Informationen ermöglichen.
- Auf Ebene der G20 gute Regulierungspraktiken vorantreiben, wie sie in der OECD-Empfehlung zu Regulierungspolitik und Governance von 2012 verankert sind.
- Die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen ausweiten, was in einer globalisierten Welt mit dem Erhalt der Steuersouveränität Hand in Hand geht. Gleiches gilt für Fragen der Auslandsbestechung.

Abbildung 2.2. Internationale Zusammenarbeit kann zahlreiche Vorteile bringen

Zahl der Länder, die einen bestimmten Vorteil als (sehr) wichtig erachten



Quelle: OECD (2013), *International Regulatory Co-operation: Addressing Global Challenges*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264200463-en>.



DIE FESTLEGUNG INTERNATIONALER STANDARDS MUSS BEDARFSORIENTIERTER WERDEN

Auch internationale Standards können dazu beitragen, bei Bürgern das Vertrauen zu schaffen, dass das globale Wirtschaftssystem fair ist. Damit sie diese Funktion erfüllen, müssen für internationale Standards zuständige Institutionen mit ihren Mitgliedern zusammenarbeiten, um die Rechenschaftslegung durch eine stärkere Einbeziehung einer größeren Zahl von Akteuren, einschließlich der breiten Öffentlichkeit, sicherzustellen (Abb. 2.3). Außerdem müssen globale Standards regelmäßig überprüft und angepasst bzw. möglicherweise aufgehoben und durch neue Standards ersetzt werden, die die heutigen Gegebenheiten widerspiegeln. Nur 40% der internationalen Organisationen überprüfen ihre Standards systematisch oder häufig. Zu neuen nützlichen Standards zählen u.a. Standards für verantwortungsvolle Lieferketten, Antikorruptionsstandards für staatseigene Unternehmen, Standards für geistige Eigentumsrechte, Standards zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie jene zur Bekämpfung von illegalem Handel. Im Hinblick auf eine bessere Nutzung der durch die Digitalisierung geschaffenen Möglichkeiten könnte die Festlegung von Standards für die Governance von Big Data bzw. für den Zugang dazu, für die Interoperabilität digitaler Systeme, Cybersicherheit und künstliche Intelligenz sinnvoll sein. Standards für Berufsbildung und Beschäftigungsqualität würden darüber hinaus einigen der derzeit bestehenden sozialen Herausforderungen Rechnung tragen. Außerdem muss die Umsetzung internationaler Instrumente systematischer kontrolliert und deren Auswirkungen überwacht werden.

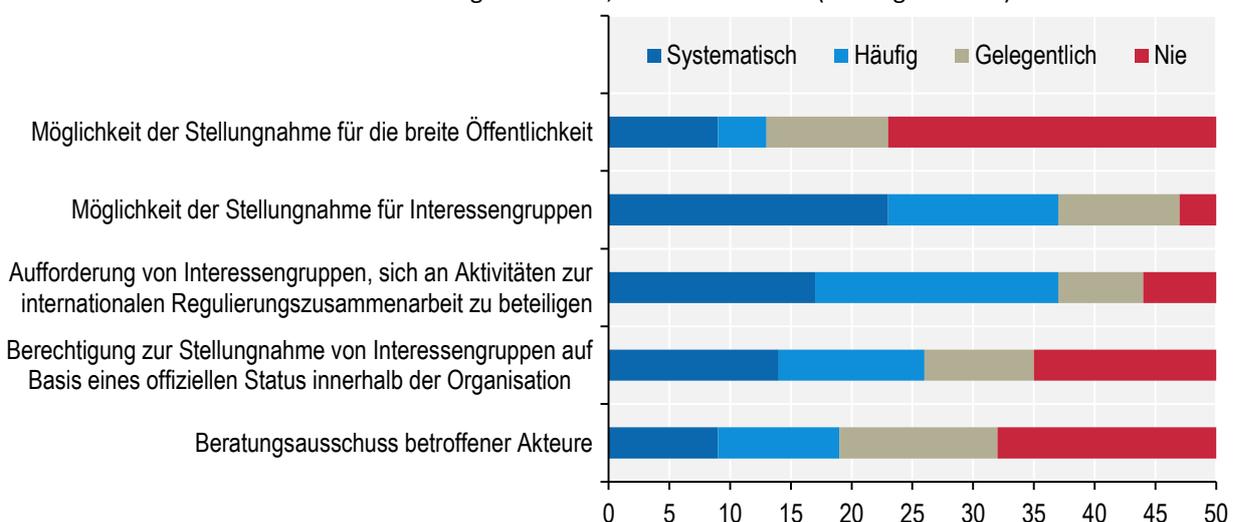
Relevante Akteure, einschließlich der breiten Öffentlichkeit, müssen bei der Festlegung internationaler Standards systematischer eingebunden werden. Außerdem müssen bestehende internationale Standards regelmäßig überprüft und aktualisiert werden, damit sie weiterhin relevant und zweckmäßig bleiben.

Empfehlungen der OECD:

- Die systematische Einbeziehung aller wichtigen Akteure, gegebenenfalls einschließlich der breiten Öffentlichkeit, bei der Entwicklung und Überarbeitung internationaler Standards verbessern.
- Ein effektives Monitoring und eine umfassendere Einhaltung bestehender Standards wie der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der OECD-Leitsätze zur Corporate Governance in staatseigenen Unternehmen fördern.
- Bestehende internationale Standards regelmäßig aktualisieren und deren Auswirkungen ex ante und ex post evaluieren.
- Sicherstellen, dass die Umsetzung systematisch überwacht und von Beginn an berücksichtigt wird.

Abbildung 2.3. Die Öffentlichkeit wird bei der Festlegung internationaler Standards nicht ausreichend eingebunden

Zahl internationaler Organisationen, die dies umsetzen (bei insgesamt 50)



Quelle: OECD (2016), *International Regulatory Co-operation: The Role of International Organisations in Fostering Better Rules of Globalisation*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264244047-en>.



Es bedarf einer stärkeren Einbindung relevanter Akteure und Bürger bei Entscheidungen im Zusammenhang mit Handels- und Investitionsabkommen. Die Aufnahme von Bestimmungen zu Menschenrechten und anderen Themen in solche Abkommen kann dazu beitragen, Lücken in bestehenden Regelungen zu schließen und deren Einhaltung zu verbessern.

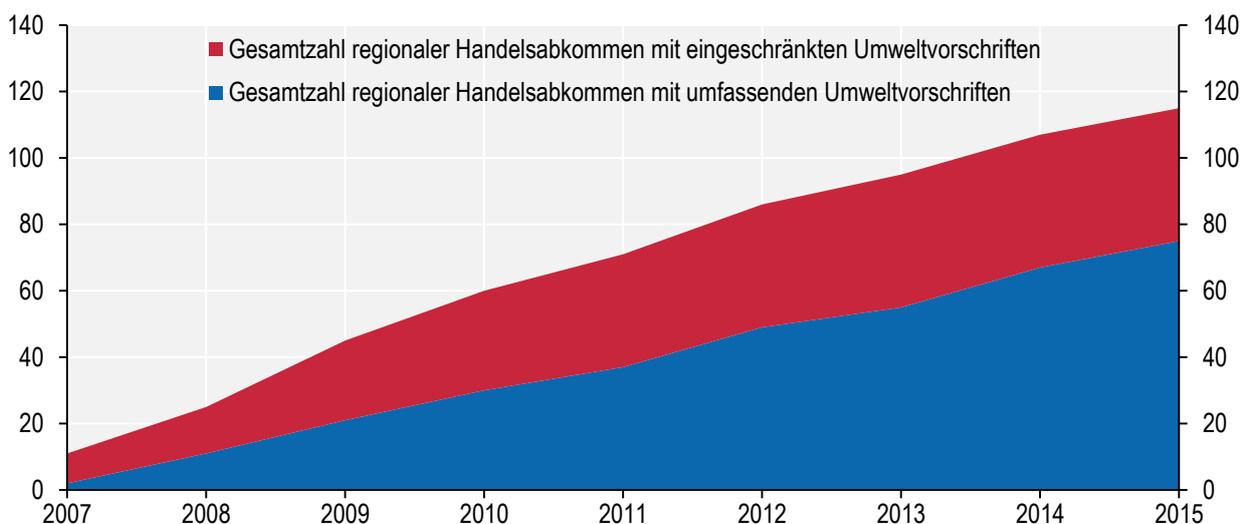
HANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMEN SOLLTEN ALLEN ZUGUTEKOMMEN

Die stärkere Abstimmung von Handels- und Investitionsabkommen auf öffentliche Interessen erfordert mindestens zwei Schritte. Wahrscheinlich trägt kein Abkommen der großen Bandbreite an Bedenken angemessene Rechnung, die Länder setzen jedoch in zunehmendem Maße auf ganzheitliche Ansätze. Eine wachsende Zahl von Abkommen umfasst progressive Bestimmungen, die über Handel und Investitionen hinausgehen und sich auf Aspekte wie Menschenrechte, Arbeitsnormen, Genderfragen und die Umwelt beziehen (Abb. 2.4). Bei Lücken in den internationalen Regelungen oder einer unzureichenden Einhaltung bestehender internationaler Regeln kann die Aufnahme solcher Bestimmungen in internationale Abkommen zur Verbesserung der Verteilungs- und Umweltergebnisse beitragen. Zudem spielt der Entstehungsprozess von Abkommen eine Rolle. Insbesondere der Frage, wie im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie eine sachlich fundierte öffentliche Debatte über die mit Handels- und Investitionsabkommen verbundenen Probleme und Zielkonflikte sichergestellt werden kann, muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dies kann mit größeren Bemühungen einhergehen, die Zivilgesellschaft zu erreichen, mit Bürgern in einen Dialog über ihre Anliegen zu treten und eine frühzeitige und kontinuierliche Einbindung einschlägiger parlamentarischer Gremien sicherzustellen.

Empfehlungen der OECD:

- *Möglichkeiten prüfen, durch die das gesamte Spektrum verfügbarer Instrumente der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, u.a. im Rahmen von Handels- und Investitionsabkommen, in umfassenderem Maße genutzt werden könnte.*
- *In Handels- und Investitionsabkommen Bestimmungen vorsehen, die verhindern, dass die daran Beteiligten ihre nationalen Umweltgesetze lockern, um sich gegenüber ihren Partnern einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, und zugleich unterbinden, dass solche Gesetze für protektionistische Zwecke genutzt werden.*
- *Die Länder zu einer stärkeren Einbindung der Bürger vor, während und nach internationalen Verhandlungen zu ermutigen.*

Abbildung 2.4. Eine wachsende Zahl regionaler Handelsabkommen umfasst Umweltvorschriften
Gesamtzahl der seit 2007 in Kraft getretenen regionalen Handelsabkommen mit Umweltvorschriften



Anmerkung: Beispiele für umfassende Umweltvorschriften sind u.a. Vorschriften, die bestehende Umweltgesetze wahren, die Umweltzusammenarbeit zwischen den Beteiligten fördern und die Verpflichtungen der Beteiligten im Rahmen einer Reihe multilateraler Umweltabkommen bekräftigen.

Quelle: OECD-Berechnungen auf der Basis von Daten der Welthandelsorganisation.



EUROPAS FÜHRUNGSMASSNAHME IST ENTSCHEIDEND FÜR EINE INKLUSIVE WACHSTUMSPOLITIK AUF GLOBALER EBENE, ZUVOR MÜSSEN ABER EINIGE REFORMLÜCKEN GESCHLOSSEN WERDEN

Europa war stets beispielgebend bei Themen wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte – Werte, die in den EU-Verträgen verankert sind. Die Entwicklung des Lebensstandards verlief, gemessen an verschiedenen Kriterien, in den EU-Ländern jedoch sehr uneinheitlich, und in vielen von ihnen verzeichneten die am schlechtesten gestellten 10% der privaten Haushalte in den letzten zwanzig Jahren einen geringeren Anstieg als vergleichbare Gruppen in nicht der EU angehörenden OECD-Ländern (Abb. 3.1). Zugleich ist das Produktivitätswachstum – ein zentraler Faktor für Wachstum und Wohlergehen – in der Europäischen Union niedriger als in anderen Teilen des OECD-Raums. Es bedarf ambitionierterer Maßnahmen, um das Wachstum zu steigern und inklusiver zu gestalten. Teilweise sind dazu Anstrengungen auf EU-Ebene notwendig, oftmals aber auch in den einzelnen Mitgliedsländern.

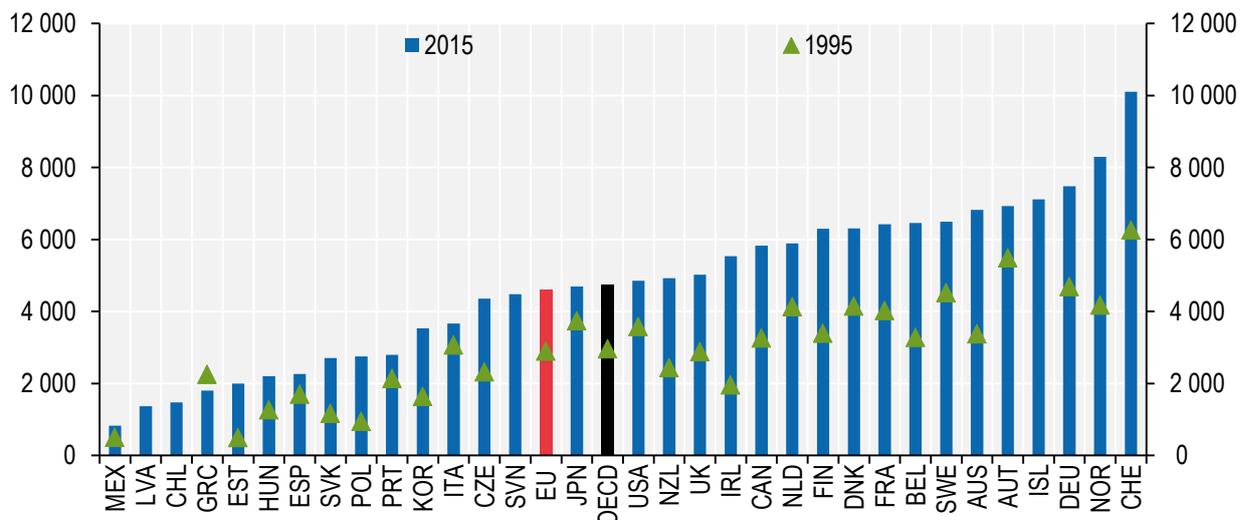
Europa muss beweisen, dass sein Modell erfolgreich bei der Förderung eines inklusiven Wachstums ist, um hier eine globale Führungsrolle übernehmen zu können. Dazu müssen einige wichtige Reformen endlich umgesetzt werden.

Empfehlungen der OECD:

- Eine schnellere Umsetzung des digitalen Binnenmarkts und rasche Vollendung des Binnenmarkts im Bereich der Netzindustrien und Dienstleistungen fördern.
- Für progressivere Steuer- und Transfersysteme, stärkere Aktivierungsmaßnahmen (vor allem für Jugendliche und Langzeitarbeitslose) und eine Umorientierung der Ausgaben zugunsten von Bildungsinvestitionen eintreten.
- Die Anpassung der Sozialversicherungssysteme an neue Beschäftigungsformen und ihre Entkopplung von Erwerbsstatus und Erwerbsbiografie vorschlagen.
- Für Arbeitsmarktinstitutionen eintreten, die die Unternehmen zur Nutzung der Chancen des technologischen Wandels und der Globalisierung anspornen und zugleich verhindern, dass auf den Arbeitskräften überproportionale Risiken – in Form geringer Löhne, Prekarität sowie schlechter Arbeitsbedingungen – lasten.

Abbildung 3.1. Der Anstieg des Lebensstandards fiel im europäischen Vergleich sehr unterschiedlich aus

Lebensstandard der ärmsten 10% der Haushalte, in konstanten US- $\text{\$}$ von 2010



Anmerkung: Die Abbildung zeigt einen zusammengesetzten Indikator des wirtschaftlichen Wohlergehens, der sich aus verfügbarem Haushaltseinkommen, Lebenserwartung und Arbeitslosigkeit zusammensetzt.

Quelle: OECD-Berechnungen auf der Basis der *Inclusive Growth Database*.



LÖSUNGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

BESSERE REGULIERUNG KANN DAS VERTRAUEN IN DIE EU UND IHRE INSTITUTIONEN FESTIGEN

Das geringe Vertrauen in die EU ist größtenteils der Frustration über die Regulierungstätigkeit der EU zuzuschreiben. Gestützt auf die jüngsten Reformen muss mehr getan werden, um die Gesetzesfolgenabschätzung zu verbessern, sowohl ex ante als auch ex post, die Umsetzung und den Vollzug gemeinsamer Vorschriften zu stärken und die Methoden der Bürger- und Akteursbeteiligung zu harmonisieren.

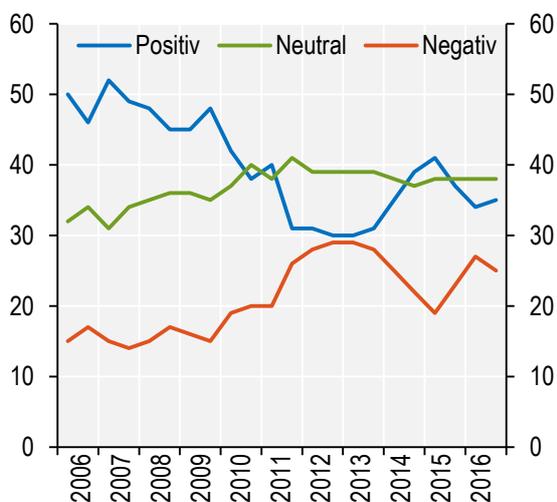
Das Vertrauen in die Europäische Union ist seit der Wirtschaftskrise gesunken und liegt derzeit im Schnitt bei rd. 40% (Abb. 3.2), in etwa auf gleichem Niveau wie das Vertrauen in die nationalen Regierungen der EU-Länder. Ein wichtiges Element der Vertrauensbeziehung zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern ist die Rolle der EU als Rechtsetzungsorgan. Etwa 50% der nationalen Rechtsvorschriften gehen direkt auf EU-Recht zurück. Die EU hat erhebliche Fortschritte bei der Förderung einer intelligenten Rechtsetzungagenda erzielt. Das für 2012 gesetzte Ziel, die Verwaltungslasten um 25% zu senken, hatte einen positiven Effekt, und es ist zu begrüßen, dass das Augenmerk des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung nicht mehr allein auf den Verwaltungslasten, sondern auf der Gesamtleistung des Rechtsrahmens liegt. Es bedarf jedoch weiterer Anstrengungen, sowohl auf EU- als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten. Ex-post-Evaluierungen müssen fest im Arbeitsalltag der EU-Institutionen verankert sein und systematischer sowie regelmäßiger durchgeführt werden. Außerdem sollte bei den Evaluierungen eine stärkere Zusammenarbeit zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten gewährleistet sein. Die Evaluierungsressourcen sollten auf die Aspekte ausgerichtet werden, die von den relevanten Akteuren als besonders beschwerlich bzw. irritierend betrachtet werden, was auch für die Arbeit des vor kurzem gestärkten Ausschusses für Regulierungskontrolle gelten sollte.

Empfehlungen der OECD:

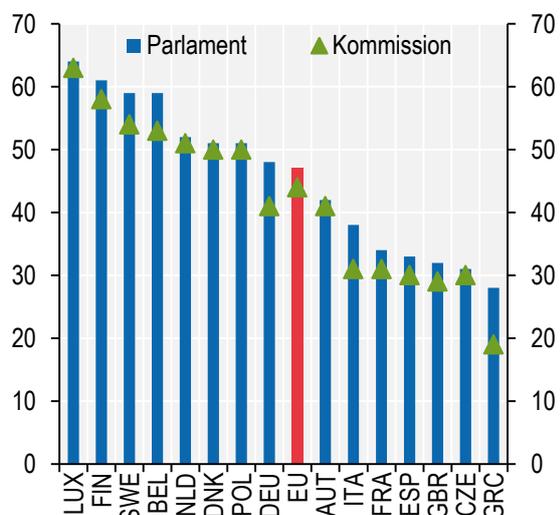
- Die Anstrengungen zugunsten einer besseren Rechtsetzung und stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit für deren Vorteile im Hinblick auf die inländische Wirtschaft intensivieren und falsche Vorstellungen und Fehlschlüsse identifizieren.
- Instrumente des Regulierungsmanagements (z.B. Folgenabschätzungen) bei Verhandlungen über EU-Gesetzentwürfe nutzen, um sicherzustellen, dass ungleiche Wirkungen frühzeitig identifiziert werden.
- Für eine bessere Governance unabhängiger Regulierungsorgane eintreten.

Abbildung 3.2. Das Image der EU und ihrer Institutionen bei den Europäern könnte besser sein

A. Prozentsatz der Personen mit positiver, negativer oder neutraler Einstellung zur EU



B. Prozentsatz der Personen, die Vertrauen in Europäische Kommission und Europäisches Parlament haben (ausgewählte Länder)



Anmerkung: Der EU-Durchschnitt in Teil B ist ein ungewichteter Durchschnitt aller EU-Staaten.

Quelle: Eurobarometer 65-86.



EUROPA MUSS SEINEN JUNGEN MENSCHEN BESSER HELFEN

Die jungen Menschen wurden von der Krise 2007/2008 am härtesten getroffen, und Jugendarbeitslosigkeit und -nichterwerbstätigkeit bewegen sich trotz der Konjunkturerholung in der EU weiterhin auf hohem Niveau. 2015 waren immer noch rd. 15% aller 15- bis 29-Jährigen – d.h. über 14 Millionen junge Menschen – weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung (sog. NEETs) (Abb. 3.3). Es ist äußerst wichtig zu verhindern, dass Jugendliche die Schule abbrechen, und es bedarf umfassender Unterstützung, um zu gewährleisten, dass alle jungen Menschen Sekundarbereich II abschließen. Sollte es nicht gelingen, die NEETs zu integrieren, ist Schätzungen zufolge in der EU mit wirtschaftlichen Gesamtkosten von über 1% des BIP bzw. 150 Mrd. Euro zu rechnen. Um diese Herausforderung zu meistern, wollen die EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der 2013 beschlossenen EU-Jugendgarantie gewährleisten, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von 4 Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Beschäftigungs- oder Aus- bzw. Weiterbildungsangebot erhalten. Die Umsetzung bereitet jedoch noch erhebliche Schwierigkeiten. In vielen Ländern fehlt es der öffentlichen Arbeitsmarktverwaltung an den notwendigen Kapazitäten zur Unterstützung der großen Zahl arbeitsloser Jugendlicher. Zwei Drittel der NEETs suchen nicht aktiv nach Arbeit, und oft sind sie noch nicht bei der Arbeitsmarktverwaltung gemeldet. Programme für arbeitslose Jugendliche müssen kosteneffizient und ausbaufähig sein. Hier bedarf es gemeinsamer europäischer Lösungen.

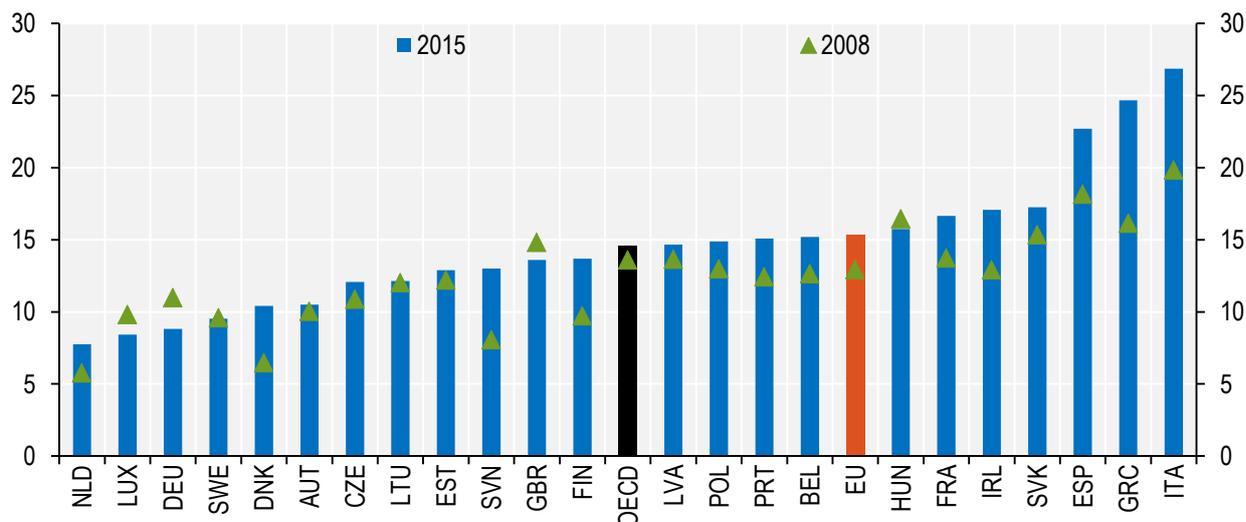
Die EU hat zwar eine Reihe guter Initiativen gestartet, um die Beschäftigungssituation Jugendlicher zu verbessern (z.B. mit der „Jugendgarantie“), die Umsetzung sollte jedoch gestärkt werden.

Empfehlungen der OECD:

- Die Einrichtung eines EU-Netzwerks für den zweiten Bildungsweg anregen, um durch einen leichteren Informationsaustausch über empfehlenswerte Vorgehensweisen und Zugang zu EU-Mitteln Schulabbrechern bei der Erlangung eines Abschlusses des Sekundarbereichs II zu helfen.
- Ein ergänzendes Netzwerk von mit europäischen Mitteln finanzierten NRO vorschlagen, die den Kontakt mit den am stärksten gefährdeten Jugendlichen suchen und sie in Programme des zweiten Bildungswegs, das Europäische Solidaritätskorps oder die Jugendgarantie vermitteln.

Abbildung 3.3. In über zwei Dritteln der EU-Länder ist die NEET-Quote immer noch höher als vor der Krise

Prozentsatz der 15- bis 29-Jährigen, die weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind, 2008 und 2015



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Basis der Europäischen Arbeitskräfteerhebung.



LÖSUNGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

EINE ZÜGIGE INTEGRATION DER MIGRANTEN IST ENTSCHEIDEND, UM DAS VERTRAUEN DER BEVÖLKERUNG WIEDERZUGEWINNEN

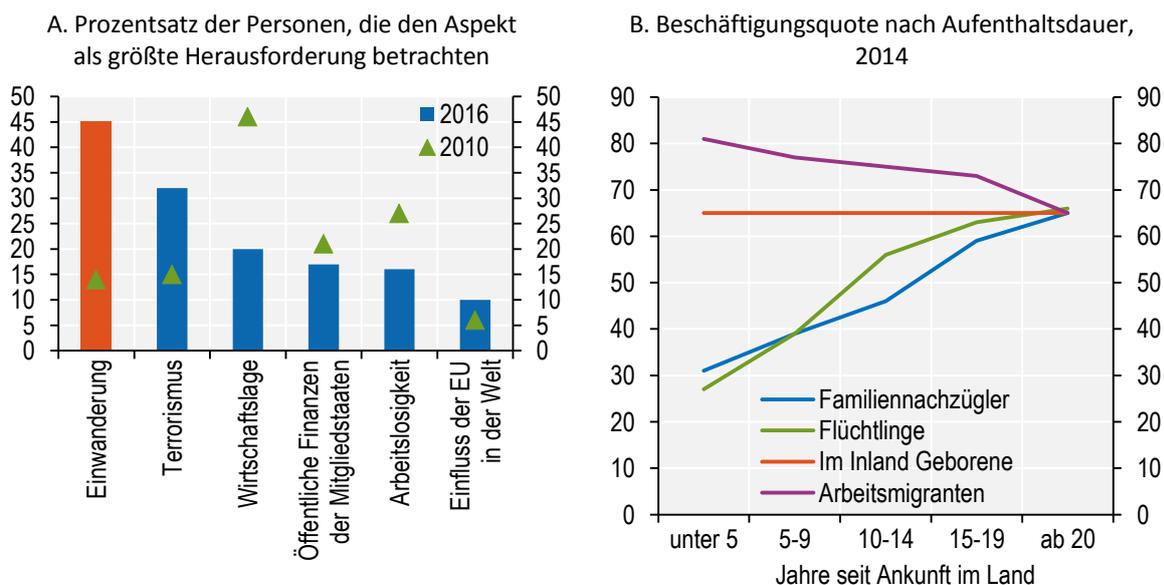
Asylbewerber stehen auf dem Arbeitsmarkt vor größeren Schwierigkeiten als andere Zuwanderergruppen. Die Verstärkung der Integrationsanstrengungen ist daher im Kontext der aktuellen Flüchtlingskrise von besonderer Bedeutung, da 2015/2016 1,2 Millionen Menschen in Deutschland Asyl beantragt haben.

45% der EU-Bürger halten die Einwanderung für die wichtigste Herausforderung, vor der die Europäische Union derzeit steht, noch vor dem Terrorismus und der Wirtschaftslage (Abb. 3.4, Teil A). Nur in Spanien und Portugal wurde die Einwanderung nicht an erster Stelle genannt, sondern der Terrorismus (Spanien) bzw. die öffentlichen Finanzen (Portugal). Über ein Zehntel der Menschen in der Europäischen Union ist nicht in seinem Wohnsitzland geboren. In den meisten Bereichen – Arbeitsmarkt, Bildung, materielle Lebensbedingungen, soziale Eingliederung usw. – erzielen Migranten zumeist schlechtere Ergebnisse als im Inland Geborene, auch wenn die Differenz teilweise nicht groß ist (Abb. 3.4, Teil B). Auch die Kinder von im Aufnahmeland geborenen, aufgewachsenen und ausgebildeten Zuwanderern sind im Vergleich zu Kindern im Inland Geborener noch im Nachteil. Dies stellt eine große Herausforderung dar, da es sich 2013 in den 22 EU- und OECD-Ländern, für die Daten vorliegen, bei fast 20% der 15- bis 34-Jährigen um im Inland Geborene mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil oder im Kindesalter Zugewanderte handelte. Deutschland geht bereits mit gutem Beispiel voran, indem es Flüchtlingen und anderen Migranten Sprachkurse, berufliche Bildung und sonstige Angebote bereitstellt, um ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Empfehlungen der OECD:

- Die Initiierung eines weitreichenden Aktionsplans der EU gegen die Marginalisierung bestimmter Zuwanderergruppen (z.B. Jugendliche, Flüchtlinge und Frauen) vorschlagen, der auf früheren allgemeineren Maßnahmen der EU zur Integration von Migranten aufbauen könnte.
- Um die Bedeutung der Diversität zu betonen und ihre Vorteile zu unterstreichen, einen EU-weiten Aktionsplan zur Diversität vorschlagen, bei dem es sich um eine ambitioniertere Folgemaßnahme früherer Initiativen der Kommission zugunsten von Integration und Vielfalt (z.B. der Strategie zu Inklusion und Diversität im Jugendbereich) handeln könnte.

Abbildung 3.4. Es bedarf zusätzlicher Anstrengungen zugunsten einer zügigen Integration der Zuwanderer



Anmerkung: Teil A: Bei der Beantwortung dieser Frage konnten maximal zwei Themen ausgewählt werden.

Quelle: Europäische Union und OECD (2016), "How are refugees faring on the labour market in Europe? A first evaluation based on the 2014 EU Labour Force Survey Ad Hoc Module", Working Paper, No. 1/2016; <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=7921&furtherPubs=yes>; Eurobarometer 86 und 74.



EUROPA BRAUCHT MEHR AUSGABEN MIT WACHSTUMS- UND GERECHTIGKEITSFÖRDERNDER WIRKUNG

Die Investitionstätigkeit in Europa ist nach wie vor verhalten (Abb. 3.5). An den Energiemärkten der EU sind jedoch erhebliche Investitionen in die transeuropäische Infrastruktur nötig, um die Interkonnektivität zu verbessern. Wettbewerbliche Verkehrsleistungen erfordern eine entsprechende physische Infrastruktur, die jedoch häufig unzureichend ist oder durch technische Hemmnisse, wie z.B. inkompatible Standards, beeinträchtigt wird. Finanzmittel aus der Fazilität „Connecting Europe“ und den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sollten eingesetzt werden, um gemeinsame Maßnahmen und eine bessere Streuung der Risiken auf verschiedene Sektoren und Verkehrsträger zu fördern. Angesichts begrenzter öffentlicher Mittel wird der mittelfristige Erfolg der Investitionsoffensive für Europa davon abhängen, in welchem Umfang es gelingt, private Investitionen zu mobilisieren. Um das Crowding-in privater Investitionen zu erleichtern, wird die Europäische Investitionsbank die Risikotoleranz ihrer Kreditvergabepraktiken erhöhen müssen. Die Ausgabenstruktur des EU-Haushalts hat zwar im Zeitverlauf einen wachstums- und gerechtigkeitsorientierteren Zuschnitt erhalten, es besteht jedoch nach wie vor erhebliches Verbesserungspotenzial. Die EU-Haushaltsmittel für Investitionen und andere wachstumsfördernde Ausgaben, wie z.B. im Bereich der Bildung und aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen, sind zu niedrig.

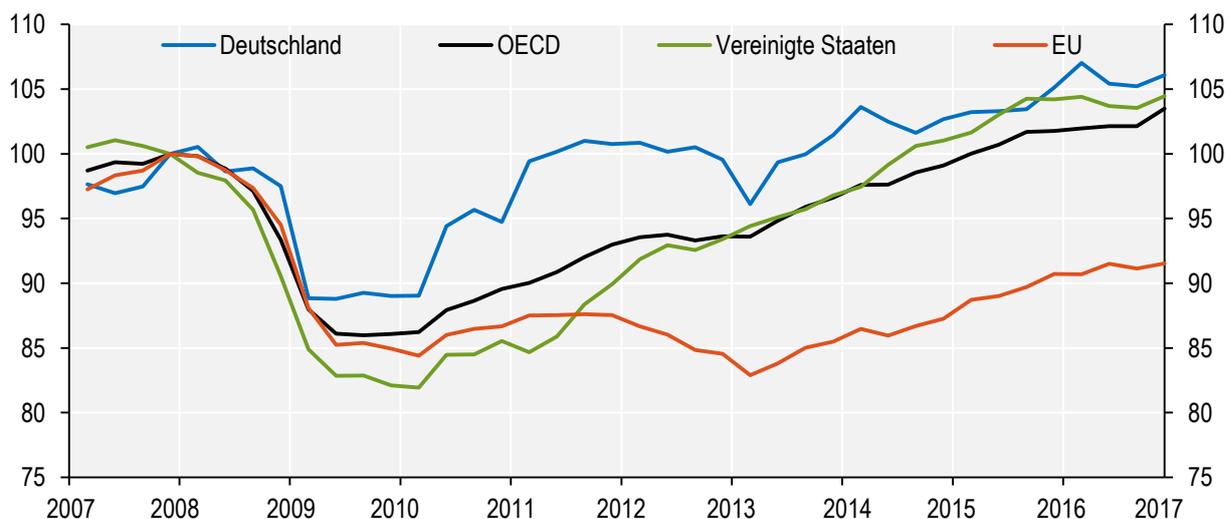
Stärkeres Wachstum braucht gemeinsame Maßnahmen zur Steigerung öffentlicher und Mobilisierung privater Investitionen. Zu den Prioritäten zählen die transeuropäische Energie- und Verkehrsinfrastruktur sowie Humankapital.

Empfehlungen der OECD:

- *Dafür eintreten, dass trotz konkurrierender Erfordernisse der nächsten Zeit die EU-Haushaltsmittel für Investitionen und inklusives Wachstum erhalten bleiben.*
- *In Zukunft für eine weitere Steigerung der wachstums- und gerechtigkeitsfördernden Ausgaben im EU-Haushalt werben – nach Möglichkeit durch die Genehmigung höherer Mittel für die Europäische Union.*
- *Im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa dafür eintreten, dass die Europäische Investitionsbank risikoträchtigere Vorhaben finanziert, die andernfalls nicht umgesetzt würden.*
- *Vorhaben im Bereich der transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze Priorität einräumen, um die Vollendung des Binnenmarkts zu fördern.*

Abbildung 3.5. Die Investitionstätigkeit in der EU liegt immer noch unter dem Niveau von 2007

Reale Bruttoanlageinvestitionen, 4. Quartal 2007 = 100



Quelle: OECD (2016), *OECD Economic Outlook: Statistics and Projections Database*.



LÖSUNGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

DIE LÖSUNG DER VERBLIBENEN PROBLEME IM FINANZSEKTOR WIRD FINANZIELLE RESSOURCEN FÜR PRODUKTIVE ZWECKE FREISETZEN

Um den Finanzsektor in den Dienst aller Bürger und Unternehmen zu stellen, ist ein entschiedeneres Vorgehen zur Bereinigung notleidender Kredite und zur Vollendung der europäischen Bankenunion erforderlich.

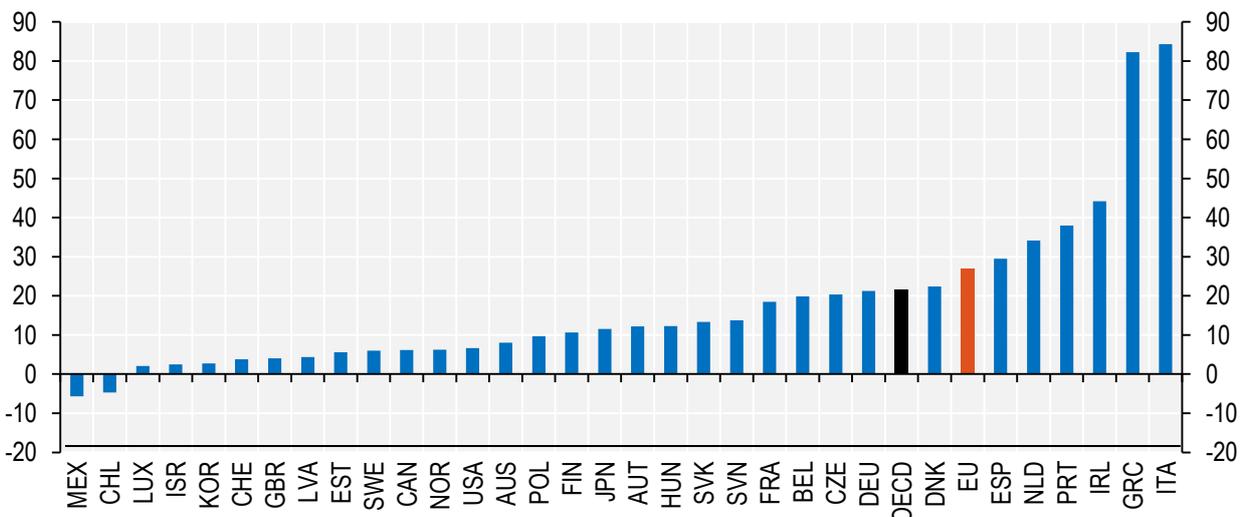
Der europäische Finanzsektor erholt sich allmählich von der Finanzkrise. In den meisten Ländern geht das Kreditvolumen mittlerweile nicht mehr zurück, und in den von der Finanzkrise besonders betroffenen Ländern hat sich das Tempo des Rückgangs verlangsamt. Allerdings würden energischere Maßnahmen zum Abbau des hohen Bestands an notleidenden Krediten in mehreren Ländern die Finanzlage der Banken verbessern und dadurch die Kreditexpansion fördern. Der Umfang der notleidenden Kredite sorgt in vielen Ländern für Finanzstabilitätsrisiken, da die Banken bei Eintreten eines Worst-Case-Szenarios erhebliche Kapitalverluste erleiden würden (Abb. 3.6). Die Errichtung einer Vermögensverwaltungsgesellschaft, insbesondere auf europäischer Ebene, kann ein sehr effizientes Instrument zur Bereinigung notleidender Kredite darstellen. Die neue Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie könnte den Prozess jedoch erschweren, wenn staatliche Unterstützung erforderlich ist, da dies einen Bail-in nachrangiger und möglicherweise auch vorrangiger Gläubiger bedingen könnte. Um die Errichtung von Vermögensverwaltungsgesellschaften zu erleichtern, sollte in Fällen, in denen notleidende Kredite schwerwiegende wirtschaftliche Störungen verursachen, eine Befreiung von den Bail-in- und Abwicklungsregelungen erwogen werden. Nicht nur bei den notleidenden Krediten, sondern auch bei der Bankenunion bleibt noch einiges zu tun. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sind weitere Fortschritte bei der Einlagensicherung und der Harmonisierung der Bankenregulierung nötig.

Empfehlungen der OECD:

- Bei gravierenden wirtschaftlichen Störungen durch notleidende Kredite die Bereinigung dieser Kredite durch Verzicht auf Bail-in-Verfahren beschleunigen und erleichtern und die Errichtung von Vermögensverwaltungsgesellschaften, möglicherweise auf europäischer Ebene, in Erwägung ziehen.
- Für die Stärkung nationaler Einlagensicherungssysteme und die Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystems eintreten.
- Eine weitere Harmonisierung der Bankenregulierung in Europa fördern.

Abbildung 3.6. Der Bestand an notleidenden Krediten ist in einigen EU-Mitgliedstaaten nach wie vor hoch

Notleidende Kredite (abzüglich Risikovorsorge) in Prozent des Kapitals, 3. Quartal 2016



Quelle: IWF (2016), *Financial Soundness Indicators* (FSI Database), Internationaler Währungsfonds.



EIN REIBUNGSLOSER BREXIT IST FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS ENTSCHEIDEND

Der Ausgang des EU-Referendums im Vereinigten Königreich hat eine deutliche Abwertung des Pfund Sterling bewirkt, und die erhöhte Unsicherheit im Zusammenhang mit den EU-Austrittsverhandlungen könnte zu weiterer Finanzmarktinstabilität führen, was mit einer Schwächung des Geschäfts- und Konsumklimas einhergehen würde. Auf längere Sicht werden die wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit von den Verflechtungen mit dem Vereinigten Königreich durch Handelsbeziehungen, ausländische Direktinvestitionen und Migration abhängen (Abb. 3.7). Ungefähr 3 Millionen EU-Bürger (darunter 135 000 Deutsche) leben im Vereinigten Königreich, während fast 1 Million britische Bürger in anderen EU-Ländern (davon rd. 100 000 in Deutschland) leben. Der Warenhandel hat einen größeren Umfang als der Dienstleistungshandel, wobei die EU26 und Deutschland im Warenverkehr einen Handelsüberschuss und bei Dienstleistungen ein Handelsdefizit aufweisen. Außerhalb des Finanzsektors sind die ausländischen Direktinvestitionen der EU26 und Deutschlands im Vereinigten Königreich höher als die Auslandsinvestitionen des Vereinigten Königreichs, während im Finanzsektor das Gegenteil der Fall ist.

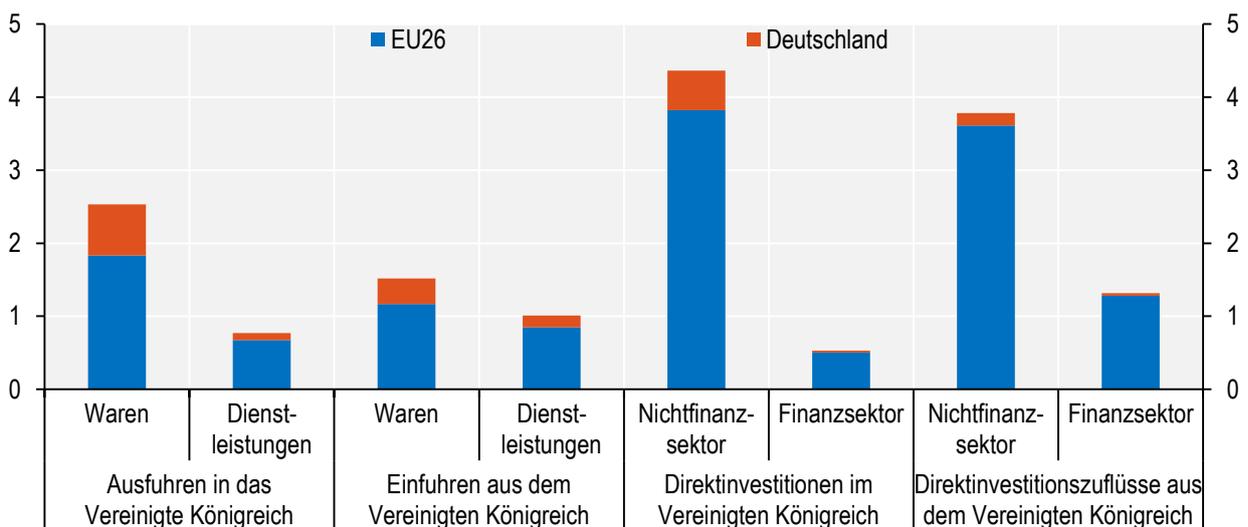
Aufgrund der engen Handels-, Investitions- und Migrationsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ist ein reibungsloser Brexit entscheidend für die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität in Europa.

Empfehlungen der OECD:

- Für die Nutzung fiskalischer Spielräume zur Stützung der Binnennachfrage eintreten, um wachstumshemmende Effekte des Brexit zu kompensieren.
- Durch Anerkennung der Rechte von Bürgern des Vereinigten Königreichs in der EU den Schutz der Rechte von EU-Bürgern im Vereinigten Königreich propagieren.
- In den bevorstehenden Verhandlungen konstruktive Lösungen für die Zeit nach dem Brexit anstreben, um den bilateralen Handel und die ausländischen Direktinvestitionen zu sichern.

Abbildung 3.7. Handel und ausländische Direktinvestitionen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich

In Prozent des BIP der EU27, 2015



Anmerkung: EU27 bezieht sich auf die EU ohne das Vereinigte Königreich; EU26 bezieht sich auf die EU ohne das Vereinigte Königreich und Deutschland.

Quelle: ONS (2016), "UK Balance of Payments, The Pink Book: 2016", Office for National Statistics, Juli, sowie ONS (2016), "Foreign direct investment involving UK companies: 2015", Office for National Statistics, Dezember.



DIE HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK DER EU MUSS INKLUSIVER WERDEN

Die öffentliche Akzeptanz von Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und anderen Ländern ist gering und erfordert anhaltende und umfassendere Bemühungen zur Verbesserung der Transparenz der EU-Außenhandels- und Investitionspolitik.

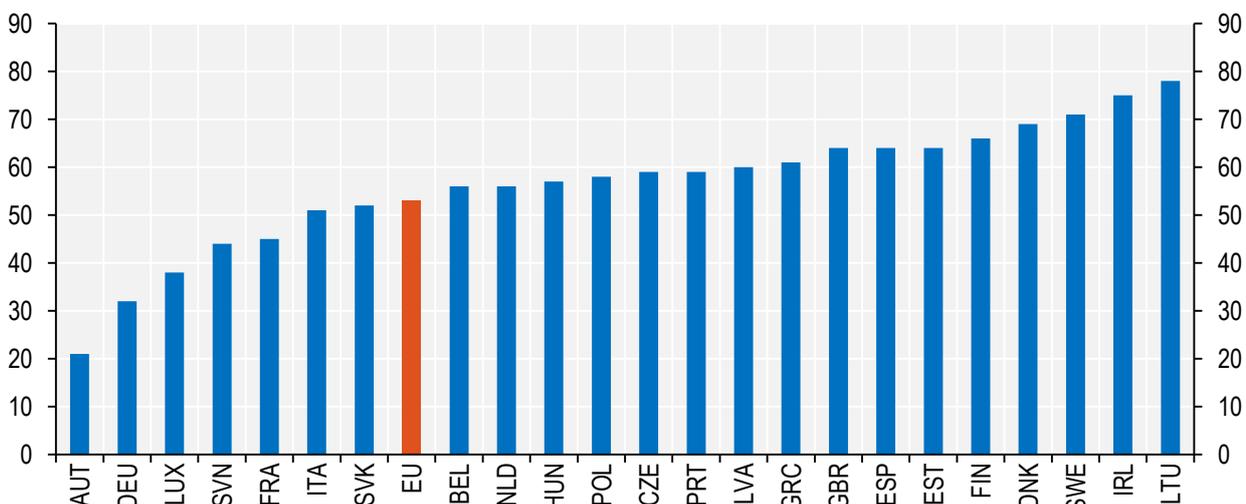
Die EU stellt nach wie vor das ambitionierteste wirtschaftliche Integrationsprojekt auf internationaler Ebene dar, indem sie die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen zwischen ihren Mitgliedstaaten ermöglicht. Die Europäische Kommission verfügt über umfangreiche Verhandlungserfahrung mit unterschiedlichen Partnern und ist ein Vorkämpfer für Regelungen, mit denen gleiche Rahmenbedingungen für alle geschaffen werden und eine gleichmäßigere Verteilung der daraus resultierenden Nutzeffekte erreicht wird. In den letzten Jahren ist es jedoch schwieriger geworden, die Bürger für Freihandels- und Investitionsabkommen zu gewinnen. Beispielsweise befürwortet nur etwa die Hälfte aller EU-Bürger ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten (Abb. 3.8). In der neuen Handels- und Investitionsstrategie der Europäischen Union, Handel für alle, wird angemerkt, dass mangelnde Transparenz das Vertrauen der Öffentlichkeit und die Legitimität der EU-Handelspolitik untergraben kann. Die Vorschläge der EU zur Einrichtung eines plurilateralen Investitionsgerichtshofs mit professionellen Richtern stellen eine wichtige Initiative zur Stärkung der Legitimität und der öffentlichen Akzeptanz von Investor-Staat-Schiedsverfahren (Investor State Dispute Settlement – ISDS) dar, da sie vermeintlichen wirtschaftlichen Anreizen für Investitionsschiedsrichter entgegenwirken und die Transparenz von ISDS erhöhen. Allgemein werden größere Anstrengungen unternommen, die Transparenz handelspolitischer Entscheidungsprozesse zu verbessern, weshalb sogar Textentwürfe öffentlich zugänglich gemacht werden. Anhaltende Bemühungen in diesem Bereich sind unerlässlich, um die Unterstützung der Öffentlichkeit zurückzugewinnen und dafür zu sorgen, dass internationale Handelsaktivitäten und Investitionen allen zugutekommen.

Empfehlungen der OECD:

- Dafür eintreten, dass alle Mitgliedstaaten – zusammen mit der Europäischen Kommission – vor, während und nach den eigentlichen Verhandlungen über ein Handelsabkommen die Bürger stärker einbinden.
- Bei der Einbindung der Bürger in handelspolitischen und ähnlichen Fragen mit gutem Beispiel vorangehen und verdeutlichen, wie umfassendere und progressivere Übereinkommen sowohl innerhalb einzelner Länder als auch länderübergreifend zu inklusiverem Wachstum beitragen könnten.

Abbildung 3.8. Lediglich die Hälfte der EU-Bürger befürwortet ein Freihandels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten

Befürworter eines Freihandels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und den Vereinigten Staaten, in Prozent, 2016



Quelle: Eurobarometer 86 (Herbst 2016).



ALLE MIT GUTEN UND RELEVANTEN KOMPETENZEN AUSSTATTEN IST WICHTIG

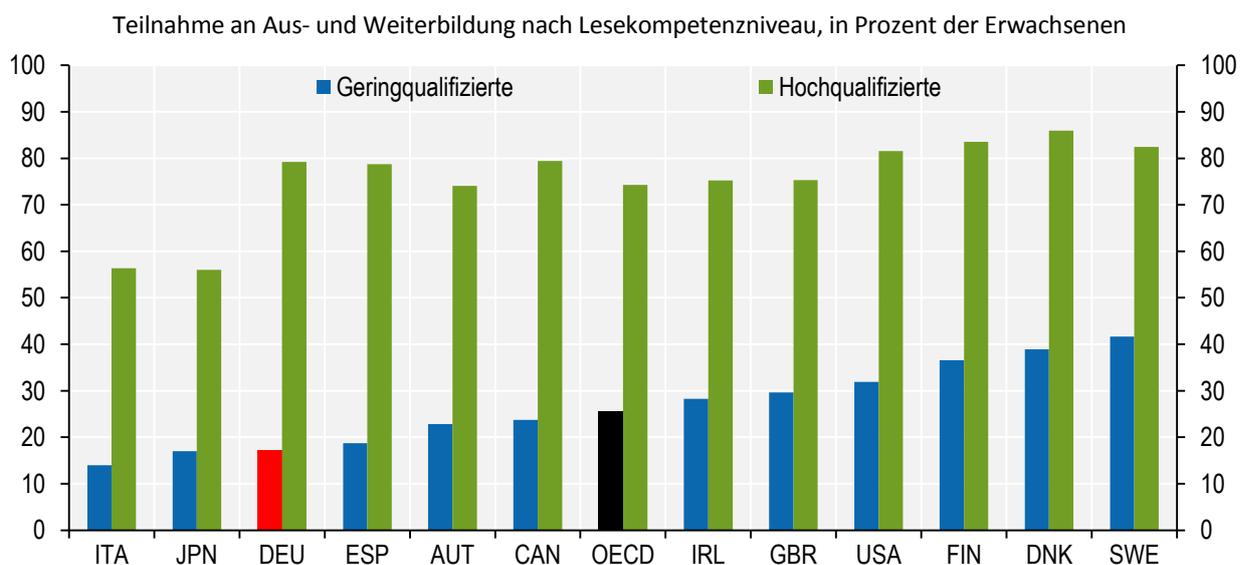
Die Lebensqualität ist in Deutschland höher als in vielen anderen Ländern. Wenn die Bundesrepublik aber auf globaler und europäischer Ebene eine Führungsrolle übernehmen will, muss sie im Hinblick auf vorbildliche Politikreformen mit gutem Beispiel vorangehen. Ein Bereich, in dem weitere Anstrengungen nötig sind, ist das Bildungswesen. Bei Personen mit niedrigerem und mittlerem Bildungs- und Kompetenzniveau ist die Wahrscheinlichkeit am größten, durch die zunehmende Öffnung und den technischen Fortschritt ins Hintertreffen zu geraten. Die Erhebung der OECD über die Kompetenzen Erwachsener zeigt, dass Deutschland einen relativ hohen Anteil Erwachsener mit niedrigem Kompetenzniveau aufweist: So liegen die Leistungen von etwa 17% (18%) der deutschen Erwachsenen im Bereich Lesekompetenz (im Bereich mathematische Kompetenz) auf Stufe 1 oder darunter (gegenüber einem OECD-Durchschnitt von 15% bzw. 19%). Erwachsene mit niedrigem Kompetenzniveau erzielen nicht nur mit geringerer Wahrscheinlichkeit positive wirtschaftliche und soziale Ergebnisse, sondern nehmen nach Abschluss der Pflichtschulzeit auch seltener an Aus- und Weiterbildung teil (Abb. 4.1). Sicherzustellen, dass alle Erwachsenen, insbesondere jene mit niedrigem Kompetenzniveau oder ungünstigem Hintergrund (wie Flüchtlinge oder Migranten) ausreichende Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Kompetenzen haben, ist von entscheidender Bedeutung, um ihnen zu helfen, von den Möglichkeiten der Globalisierung zu profitieren.

Ein gutes Kompetenzniveau ist in der globalisierten und technisierten Welt von heute eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Leben. Daher ist es wichtig, allen ausreichende Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Qualifikationen zu bieten.

Empfehlungen der OECD:

- Durch allgemeine Weiterbildungsangebote und Ausbildungsangebote im EDV- und im technischen Bereich das Kompetenzniveau Erwachsener, insbesondere jener mit geringer Lese-, alltagsmathematischer und digitaler Kompetenz, erhöhen.
- Den Aufbau der Kompetenzen erwachsener Zuwanderer, die vor kurzem nach Deutschland gekommen sind, durch das Angebot von Sprachkursen, die Anpassung von Berufsausbildungsprogrammen und die Entwicklung anderer gezielter Initiativen, wie der Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen, fortsetzen.
- Sicherstellen, dass Informationen über Bildungsangebote für alle Erwachsenen, und insbesondere für diejenigen, die einen ungünstigen Hintergrund oder ein geringes Kompetenzniveau aufweisen, leicht zugänglich sind.

Abbildung 4.1. Geringqualifiziertere Arbeitskräfte nehmen in geringerem Maße an Aus- und Weiterbildung teil



Anmerkung: Als Geringqualifizierte (Hochqualifizierte) gelten diejenigen, die in der OECD-Erhebung über die Kompetenzen Erwachsener Kompetenzstufe 0 oder 1 (4 oder 5) erreichen. OECD bezeichnet den Durchschnitt aller aufgeführten Länder.

Quelle: OECD (2013), *OECD Skills Outlook 2013: First Results from the Survey of Adult Skills*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264204256-en>.



LÖSUNGEN INNERHALB DEUTSCHLANDS

STARKE ARBEITSMARKTINSTITUTIONEN KÖNNEN DEN ARBEITSKRÄFTEN ZU HOCHWERTIGEN ARBEITSPLÄTZEN VERHELFFEN

Im Hinblick auf Einkommen und Arbeitsmarktsicherheit zählt Deutschland zu den führenden OECD-Ländern, bei den nichtökonomischen Aspekten der Beschäftigungsqualität wie den Arbeitszeitregelungen gibt es dagegen noch Raum für weitere Verbesserungen.

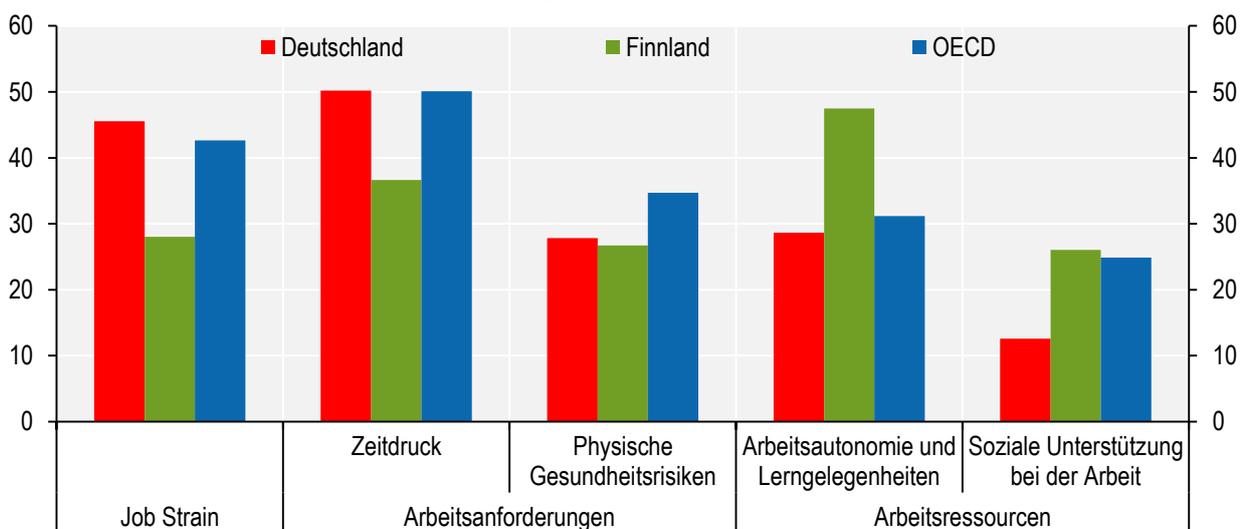
Im Gegensatz zu vielen anderen OECD-Ländern hat Deutschland in den letzten zehn Jahren nicht nur einen Beschäftigungszuwachs verzeichnet, sondern auch eine Verbesserung der Arbeitsplatzqualität. In Bezug auf Einkommen und Arbeitsmarktsicherheit – zwei der drei Dimensionen des OECD-Rahmenkonzepts der Beschäftigungsqualität – zählt Deutschland nunmehr zu den führenden OECD-Ländern. Was die Qualität des Arbeitsumfelds anbelangt (d.h. die nichtökonomischen Aspekte der Beschäftigungsqualität, wie die Art und die Inhalte der geleisteten Arbeit, Arbeitszeitregelungen und das Arbeitsklima), bleibt Deutschland allerdings nach wie vor hinter den am besten abschneidenden Ländern zurück. In Deutschland weisen Arbeitsplätze im Schnitt ein vergleichsweise geringes Maß an Ressourcen auf, die Arbeitskräften zur Erledigung ihrer Arbeitsaufgaben zur Verfügung stehen, wie Arbeitsautonomie und insbesondere soziale Unterstützung bei der Arbeit. In Bezug auf gute Managementpraktiken liegt Deutschland zwar über dem OECD-Durchschnitt, es gibt jedoch nach wie vor Raum für Verbesserungen (Abb. 4.2). Deutschland könnte sich an der Erfahrung von Ländern wie Dänemark, Finnland und Schweden orientieren, um eine bessere Arbeitsorganisation zu fördern, einschließlich Teamwork, Autonomie, Einflussnahmemöglichkeiten auf die eigene Arbeitsgestaltung, Mentoring sowie Jobrotation und das Erlernen von Neuem.

Empfehlungen der OECD:

- Die Einführung guter Managementpraktiken fördern, um die Qualität des Arbeitsumfelds und die Unternehmensergebnisse zu verbessern, wobei der Fokus auf kleinen und mittleren Unternehmen liegen sollte.
- In Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretungen die Rolle der Arbeitgeber bei der Einstellung und Weiterbeschäftigung von Arbeitskräften mit Behinderungen sowie ihre Anreize dafür stärken und die für die Bedürfnisse dieser Arbeitskräfte nötigen Anpassungen vornehmen.

Abbildung 4.2. Die Qualität des Arbeitsumfelds könnte in Deutschland weiter verbessert werden

Prozentsatz der Arbeitskräfte mit Job Strain und dessen Aufschlüsselung in Arbeitsanforderungen und Arbeitsressourcen, 2015



Quelle: OECD (2016), Job Quality Database.



DAS VERDIENSTGEFÄLLE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN IST NACH WIE VOR GROß

In Deutschland besteht ein großes Verdienstgefälle zwischen Männern und Frauen, da viele Frauen Teilzeit arbeiten (Abb. 4.3). Besonders hoch ist die Teilzeitquote unter jungen Frauen in Familien mit kleinen Kindern. 2013 betrug die wöchentliche Arbeitszeit von zwei Dritteln der Frauen mit Kindern 30 Stunden oder weniger. Teilzeitbeschäftigten Frauen bieten sich auch im Hinblick auf ihre Arbeitsplatzwahl und berufliche Laufbahn weniger Optionen, was ihre Verdienstaussichten und ihren Beitrag zu hochproduktiven Tätigkeiten verringert. Die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen, würde das Wirtschaftswachstum nachhaltig fördern: Eine vollständige Angleichung der Erwerbsbeteiligung und geleisteten Arbeitsstunden von Frauen an die entsprechenden Werte der Männer könnte das Pro-Kopf-BIP um 20% erhöhen. Die Erfahrung der OECD-Länder zeigt, dass ein geringeres Verdienstgefälle zwischen Männern und Frauen auch die Armutsrisiken der Haushalte deutlich reduzieren würde. Tatsächlich gehen auf Haushaltsebene die größten Armutsrisiken vom Arbeitsplatzverlust und von Änderungen in der Haushaltszusammensetzung aus. Die Bundesregierung arbeitet an einem Gesetzentwurf zur Förderung gleicher Entgeltbedingungen für Männer und Frauen und hat zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, indem die Elternzeitregelungen flexibler gestaltet wurden. Das unzureichende Angebot an Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen (siehe weiter unten) sowie vom Steuersystem ausgehende Fehlanreize sind jedoch weiterhin Hindernisse für eine Vollzeitbeschäftigung, von denen hauptsächlich Frauen betroffen sind.

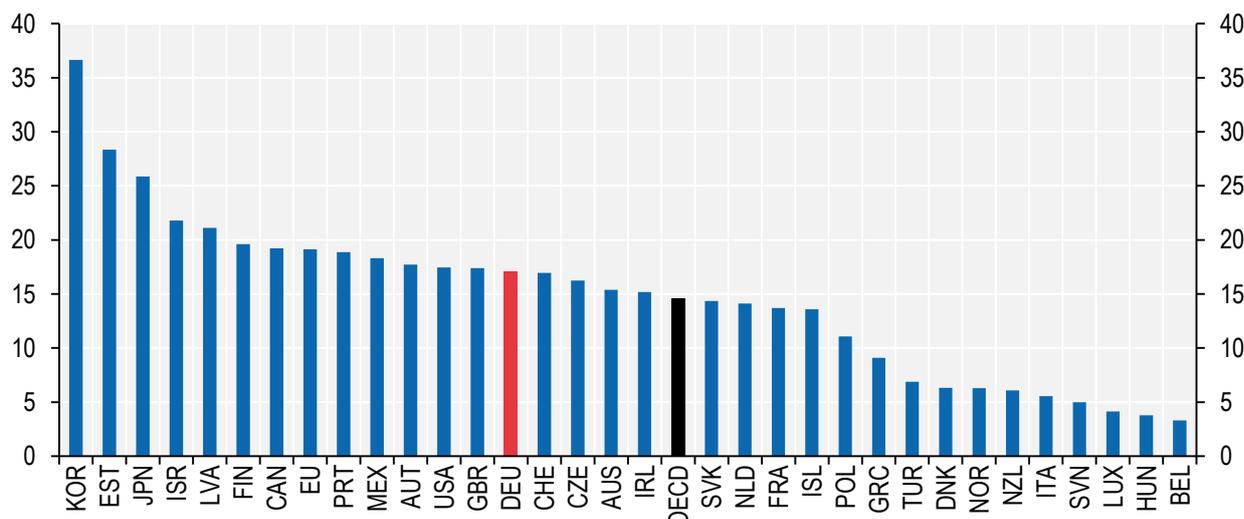
Die Schließung der Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen würde das Wirtschaftswachstum nachhaltig fördern, u.a. weil dadurch die Kompetenzen von Frauen besser genutzt würden. Außerdem würde dies den Haushalten helfen, besser mit den Belastungen zurechtzukommen, die die Globalisierung und der technologische Wandel mit sich bringen können.

Empfehlungen der OECD:

- Eltern junger Kinder, die sich für eine vollzeitnahe Beschäftigung entschieden haben, das Recht einräumen, die Arbeitszeit innerhalb bestimmter Fristen zu erhöhen, und die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und anderen Akteuren ausbauen, um flexible Arbeitszeitregelungen anzubieten.
- Die Einkommensteuerbelastung von Zweitverdienern reduzieren, z.B. durch die Einführung eines gesonderten Freibetrags für Zweitverdiener.
- Krankenkassenbeiträge an der Zahl der erwachsenen Haushaltsmitglieder ausrichten.

Abbildung 4.3. In Deutschland verdienen Frauen deutlich weniger als Männer

Differenz zwischen dem Medianverdienst von Männern und Frauen, in Prozent des Medianverdiensts der Männer, 2014 oder letztes verfügbares Jahr



Quelle: OECD Gender Wage Gap (Indikator).



LÖSUNGEN INNERHALB DEUTSCHLANDS

DAS STEUERSYSTEM KANN WACHSTUMS- UND GERECHTIGKEITSORIENTIERTER GESTALTET WERDEN

Eine hinreichend progressive Gestaltung des gesamten Steuer- und Transfersystems, die Abschaffung ineffizienter Steuerbegünstigungen, von denen Reiche überproportional profitieren, die Eindämmung von Steuerhinterziehung und -umgehung sowie eine breiter basierte Finanzierung der sozialen Sicherung können zu einem inklusiveren Steuersystem beitragen.

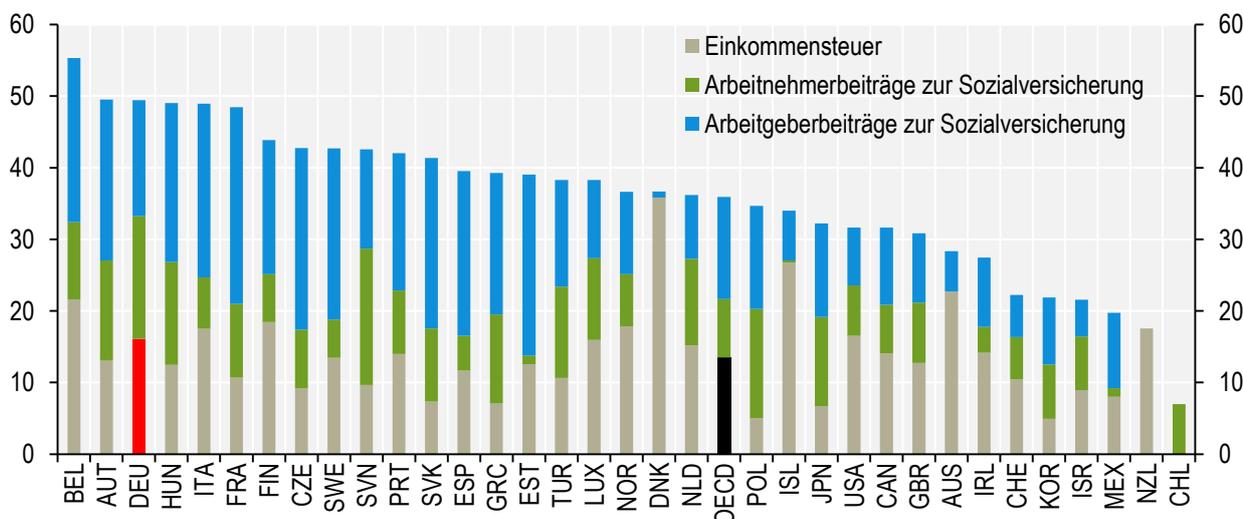
Der Anteil, den die Steuerbelastung des Faktors Arbeit am Gesamtsteueraufkommen ausmacht, ist in Deutschland so hoch wie in kaum einem anderen OECD-Land, mit negativen Auswirkungen auf die langfristige Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung. Die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit (Abb. 4.4) wird voraussichtlich zunehmen. Die Ausgaben für die öffentliche Gesundheitsversorgung und Pflege werden überwiegend aus den auf die Erwerbseinkommen erhobenen Sozialversicherungsbeiträgen finanziert, und diese Ausgaben werden aufgrund der Bevölkerungsalterung und des technischen Fortschritts weiter steigen. Die Steuerbelastung der Erwerbseinkommen könnte zum Teil auf die Ersparnisse der privaten Haushalte und auf Immobilien verlagert werden, indem die Bemessungsgrundlage dem Marktwert der Immobilien angepasst wird. Auf Zinseinkünfte, Dividenden und Veräußerungsgewinne wird gegenwärtig auf der Ebene der privaten Haushalte eine pauschale Abgeltungsteuer erhoben, die meist niedriger ist als der persönliche Einkommensteuersatz. Zudem gelten bei der Besteuerung von Veräußerungserlösen großzügige Ausnahmeregelungen für unbewegliches Vermögen. Da diese Einkünfte bei den einkommensstärksten Haushalten konzentriert sind, würden höhere und geringfügig progressive Steuersätze auf Ersparnisse die Progressivität des Steuersystems verstärken, ohne größere Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit zu haben. Die Arbeiten der OECD zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen werden dazu beitragen, den Boden für eine solche Reform zu bereiten, da sie die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung einschränken.

Empfehlungen der OECD:

- Die Bemessungsgrundlage für die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung über das Erwerbseinkommen hinaus auf das gesamte Haushaltseinkommen erweitern.
- Einkünfte aus Kapitalvermögen auf Ebene der privaten Haushalte mit höheren und leicht progressiven Steuersätzen belegen.
- Laufende Steuern auf unbewegliches Vermögen auf Basis des tatsächlichen Marktwerts der Immobilie erheben.

Abbildung 4.4. Die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist in Deutschland sehr hoch

Steuer- und Abgabenbelastung der Erwerbseinkommen für alleinstehende Durchschnittsverdiener in Prozent der Gesamtarbeitskosten, 2015



Anmerkung: Die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist definiert als das Verhältnis der Steuern und Abgaben, die für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener (d.h. eine alleinstehende Person mit 100% des Durchschnittsverdiensts) ohne Kinder anfallen, zu den entsprechenden Gesamtarbeitskosten für den Arbeitgeber. Die durchschnittliche Steuer- und Abgabenbelastung misst die beschäftigungshemmende Wirkung der Besteuerung von Erwerbseinkommen. Dieser Indikator wird in Prozent der Arbeitskosten ausgedrückt.

Quelle: OECD Taxing Wages Database.



ALLE BÜRGER UND UNTERNEHMEN SOLLTEN ERFOLGREICH AN DER DIGITALEN WELT TEILHABEN KÖNNEN

Deutschland hat bedeutende Fortschritte bei der Entwicklung einer dynamischen und innovativen Digitalwirtschaft erzielt, es sind aber weitere Anstrengungen erforderlich. Erstens müssen alle Bürger, Unternehmen und staatlichen Stellen über verlässlichen Zugang zu digitalen Netzen und Diensten verfügen. Deutschland liegt beim mobilen Breitband mit 74 Breitbandanschlüssen je 100 Einwohnern unter dem OECD-Durchschnitt von 95; zudem entfallen weniger als 2% der Festnetz-Breitbandanschlüsse in Deutschland auf Glasfaser, verglichen mit über 70% in den führenden Ländern (Abb. 4.5). Zweitens müssen die Bildungs- und Ausbildungssysteme Kompetenzen fördern, die zu einer effektiven Nutzung digitaler Technologien befähigen, damit alle Bürger an der Digitalwirtschaft teilhaben können. In Deutschland sind nur 4,5% der Absolventen tertiärer Bildungsgänge auf Informatik spezialisiert, und weniger als 30% der Arbeitskräfte nutzen bei der Arbeit täglich Bürosoftware, wobei die IKT-Kenntnisse vieler dieser Nutzer als unzureichend erachtet werden. Drittens müssen Kleinbetriebe besonders dabei unterstützt werden, sich die Digitalisierung zunutze zu machen. Sie verfügen oft nur über begrenzte Ressourcen für den Erwerb von komplementärem wissensbasiertem Kapital und sind sich der Chancen, die die digitalisierte Geschäfts- und Arbeitswelt bietet, u.U. nicht in vollem Umfang bewusst. Deutschland ist dabei keine Ausnahme. Beispielsweise nutzten 2016 nur 15% der Kleinbetriebe Cloud Computing, während es bei den Großunternehmen 38% waren.

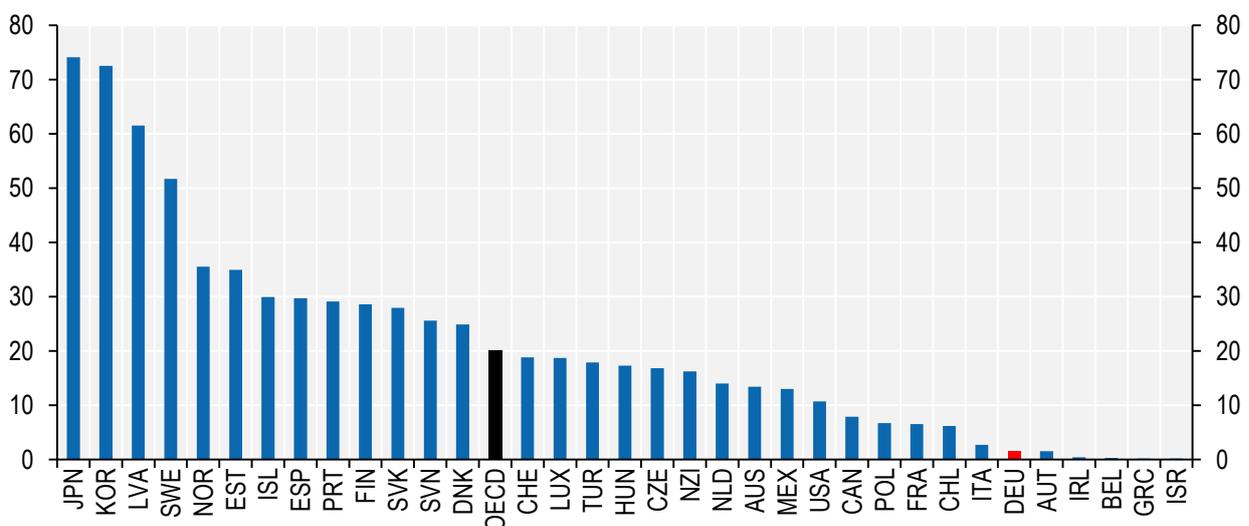
Um allen Bürgern und Unternehmen in Deutschland eine erfolgreiche Teilhabe an der digitalen Welt zu ermöglichen, sind weitere Anstrengungen an drei Fronten erforderlich: Ausbau des Netzzugangs, Förderung der Digitalkompetenz und Unterstützung für Kleinbetriebe bei der Nutzung von Chancen der Digitalwirtschaft.

Empfehlungen der OECD:

- *Den Ausbau der Glasfasernutzung im Festnetz durch mehr Wettbewerb, z.B. durch kommunale Netze, fördern, insbesondere in kleineren Städten und ländlichen Gebieten.*
- *Die IKT-Kompetenzen der Bevölkerung durch verstärkte Förderung von soliden Grundkompetenzen, digitalen Fertigkeiten, höheren kognitiven Fähigkeiten sowie sozialer und emotionaler Kompetenz steigern.*
- *Die Teilnahme von kleinen und mittleren Unternehmen an der digitalen Wirtschaft durch Schulung der unternehmerischen Kompetenz, Programme zur Technologiediffusion, besseren Zugang zu unterschiedlichen Finanzierungsquellen und mehr Wettbewerb bei wissensintensiven freiberuflichen Dienstleistungen fördern.*

Abbildung 4.5. Deutschland muss dringend den Ausbau seines Glasfasernetzes vorantreiben

Anteil von Glasfaser an den Breitbandanschlüssen insgesamt, Juni 2016



Quelle: OECD Broadband Portal, www.oecd.org/sti/broadband/oecdbroadbandportal.htm.



LÖSUNGEN INNERHALB DEUTSCHLANDS

DIE INVESTITIONEN IN INFRASTRUKTUR – EINSCHLIEßLICH SOZIALER INFRASTRUKTUR – SOLLTEN GESTEIGERT WERDEN

Die Investitionen der Kommunen sind – u.a. aufgrund hoher Ausgabenverpflichtungen für Sozialleistungen – gesunken. Der Bund sollte den Kommunen helfen, wieder mehr zu investieren, da dringend höhere Ausgaben für Bildung, Verkehr und die digitale Infrastruktur benötigt werden.

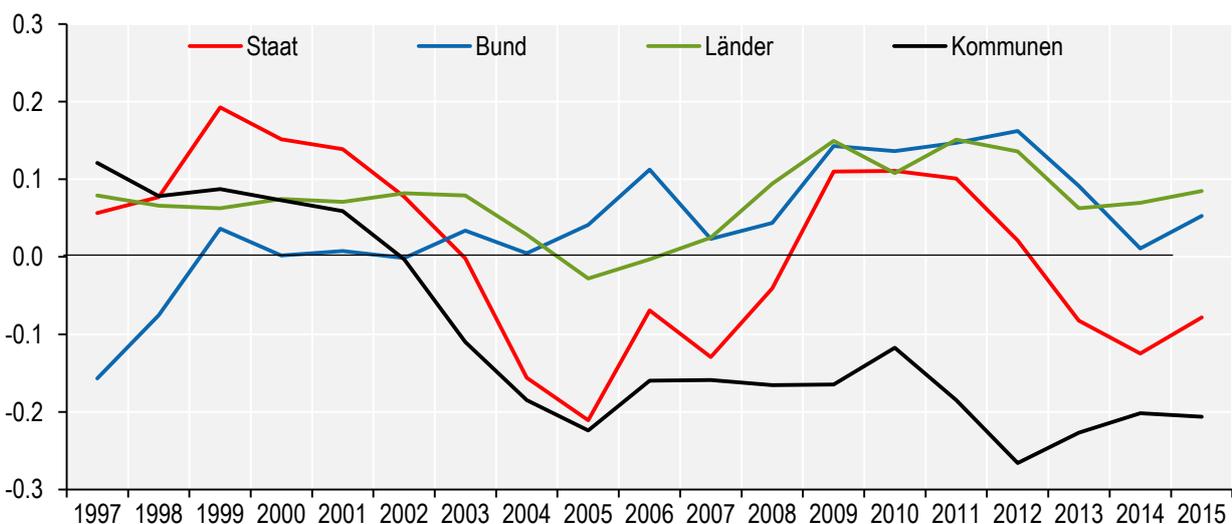
Die staatlichen Investitionen sind niedrig und haben einen deutlichen Rückgang auf der Ebene der Kommunen verzeichnet (Abb. 4.6), die einen erheblichen ungedeckten Investitionsbedarf in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen aufweisen. Dies ist angesichts der wichtigen Rolle der Bildungsqualität für ein inklusives Wachstum problematisch (siehe weiter oben). 2014 lag die Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen nur bei 33%, und lediglich 53% der Grundschulen verfügten über ein Ganztagsangebot. Zusätzlicher Investitionsbedarf besteht in Deutschland auch bei der Verkehrsinfrastruktur und bei der digitalen Infrastruktur (siehe weiter oben). Die Regierung könnte die Investitionstätigkeit in den Kommunen stärker fördern, u.a. durch Kapazitätsaufbau. Nutzungsabhängige Gebühren sind wirkungsvolle Instrumente, um ökologische und anderweitige Kosten der Nutzung öffentlicher Infrastrukturen zu internalisieren. Die geplante Pkw-Maut beispielsweise ist nicht nutzungsabhängig und sollte daher erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Finanzielle Erwägungen sind jedoch nicht das einzige Hemmnis für höhere Investitionen. In Deutschland stoßen große und komplexe öffentliche Investitionsvorhaben oft in fortgeschrittenen Stadien auf starken Widerstand der Bevölkerung vor Ort, weshalb eine frühere Einbeziehung verschiedener Akteure in den Planungsprozess geboten scheint.

Empfehlungen der OECD:

- Sinnvolle Investitionsvorhaben von Kommunen, die hohe Ausgaben für bundesrechtlich geregelte Geldleistungen zu schultern haben, stärker fördern, u.a. durch technische Unterstützung.
- Die Öffentlichkeit frühzeitig in die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben einbeziehen, u.a. durch moderne Kommunikationsmittel.
- Die Investitionen in Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung und Ganztagsgrundschulen erhöhen.
- Eine nutzungs- und verkehrsabhängige Pkw-Maut einführen.

Abbildung 4.6. Die staatlichen Nettoinvestitionen sind gesunken, insbesondere auf Ebene der Kommunen

Investitionen nach Abzug der Abschreibungen auf den Kapitalstock, in Prozent des BIP



Quelle: OECD National Accounts Database.



DIE FINANZINDUSTRIE MUSS IN DEN DIENST ALLER GESTELLT WERDEN

Der Finanzsektor hatte zwar maßgeblichen Anteil am langfristigen Wirtschaftswachstum in den OECD-Ländern, er hat jedoch auch zu einer höheren Einkommens- und Vermögensungleichheit beigetragen. Grund dafür waren sehr hohe Einkünfte von Beschäftigten im Finanzsektor sowie die Neigung von Banken, die Kreditvergabe auf einkommensstärkere Haushalte zu konzentrieren, wodurch diese in höherem Maße von Anlagechancen profitieren können, gepaart mit steigenden Aktienkursen, von denen vermögende Haushalte überproportional profitieren. Überdies haben sich die Finanzstabilitätsrisiken durch zunehmende grenzüberschreitende Verflechtungen zwischen Finanzinstituten verschärft. Seit der Finanzkrise wurde die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bankensystems zwar durch die Stärkung der Kapitalpuffer erhöht, große Banken weisen jedoch weiterhin eine schwache Eigenkapitalausstattung auf (Abb. 4.7), während die Rentabilität niedrig und unsicher ist. Bei den Landesbanken, die sich überwiegend in Staatsbesitz befinden, lassen die Effizienz und die Solvenzrisiken zu wünschen übrig. Der Umgang mit einem vom Zusammenbruch bedrohten systemrelevanten Finanzinstitut würde voraussichtlich staatliche Finanzhilfen erfordern und könnte somit für die Steuerzahler sehr teuer werden. Zudem könnten implizite Staatsgarantien die vom Finanzsektor ausgehenden Ungleichheitseffekte verstärken, indem sie die Banken verleiten, größere Risiken einzugehen, wodurch sie wiederum ihre Kreditvergabe und Vergütungen steigern können. Ein weiteres Problem sind die gesunkenen Renditen für private Altersvorsorgeprodukte infolge des niedrigen Zinsniveaus in Verbindung mit den hohen Verwaltungsgebühren, die Finanzintermediäre für Riester-Verträge berechnen.

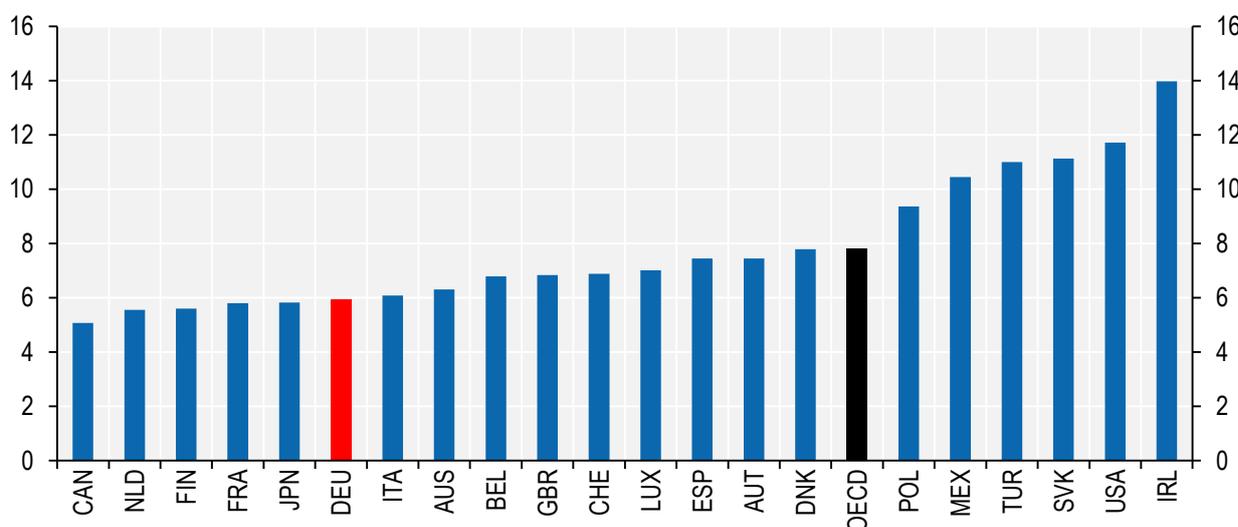
Der Finanzsektor hat nicht nur eine entscheidende Rolle für das Wachstum gespielt, sondern auch zu einem Anstieg der Ungleichheit beigetragen. Die Politik muss – beispielsweise durch Maßnahmen gegen eine überhöhte Risikobereitschaft der Banken – verhindern, dass vermögende Haushalte überproportional vom Finanzsektor profitieren.

Empfehlungen der OECD:

- Die Banken zur Trennung von Investmentbanking und Retailbanking und zur Erfüllung strengerer Leverage Ratios verpflichtet.
- Die Umstrukturierung der öffentlichen Landesbanken – u.a. durch Privatisierungen – und ihre Konzentration auf das Kerngeschäft vorantreiben.
- Die Verwaltungsgebühren für die staatlich geförderte, private Altersvorsorge durch eine bessere Vergleichbarkeit der Anbieter senken.

Abbildung 4.7. Die Eigenkapitalquoten der deutschen Banken sind niedrig

Eigenkapital in Prozent der ungewichteten Bilanzsumme, 2015



Anmerkung: OECD bezeichnet den Durchschnitt der hier aufgeführten Länder.

Quelle: IWF (2017), IMF Financial Soundness Indicators Database, GFSR FSI Tables, Oktober 2016.



WAS DIE OECD BEITRAGEN KANN

DIE OECD KANN DEN LÄNDERN HELFEN, EIN INKLUSIVERES WACHSTUM ZU ERREICHEN

Die OECD hat ein umfassendes Instrumentarium entwickelt, um den Ländern dabei zu helfen, Herausforderungen wie der steigenden Ungleichheit, den zunehmenden Verflechtungen zwischen dem Finanzsektor und der Realwirtschaft, der Ressourcenknappheit und Umweltschäden, der Verlangsamung des Produktivitätswachstums und dem Vertrauensschwund zu begegnen. Beispiele hierfür sind u.a. die Initiative „Inklusives Wachstum“, das Rahmenkonzept der Beschäftigungsqualität und unsere Arbeit zu den Zusammenhängen zwischen Produktivität und Inklusivität.

Um ein innovatives Instrumentarium zu entwickeln, das den Ländern dabei helfen kann, große Herausforderungen in Angriff zu nehmen, hat die OECD die Initiative „Neue Konzepte für wirtschaftliche Herausforderungen“ (*New Approaches to Economic Challenges*) ins Leben gerufen (Abb. 5.1). Diese Initiative hat einer Kultur des Experimentierens und der Erforschung neuer Zusammenhänge Vorschub geleistet und damit für eine eingehendere Analyse der Zielkonflikte und Komplementaritäten zwischen verschiedenen Politikbereichen gesorgt. Sie hat zur Verstärkung integrierter quantitativer Analysen beigetragen und zur Einführung neuer Politikinstrumente und -ansätze im OECD-Raum geführt. Die Arbeit über die Verbindungen zwischen Produktivität und Inklusivität (*The Productivity – Inclusiveness Nexus*), die mögliche Zusammenhänge zwischen der Verlangsamung des Produktivitätswachstums und den zunehmenden bzw. hohen Ungleichheiten in fortgeschrittenen Volkswirtschaften untersucht, veranschaulicht diesen neuen bereichsübergreifenden Ansatz. Im Rahmen der Initiative „Inklusives Wachstum“ (*Inclusive Growth*) wurden zudem Fortschritte bei der Entwicklung eines besseren Verständnisses der Politikzusammenhänge zwischen den verschiedenen Dimensionen des Wohlergehens erzielt, u.a. durch analytische Arbeiten zum mehrdimensionalen Indikator für den Lebensstandard. Das OECD-Rahmenkonzept der Beschäftigungsqualität wiederum verändert die Herangehensweise an die Arbeitsmarktpolitik grundlegend, da es den Fokus von der Anzahl der geschaffenen Stellen hin zu deren Qualität verlagert. Es liefert eine operationelle Methode, um die Beschäftigungsqualität sowohl auf Länder- als auch auf Personenebene auf einer vergleichbaren Basis zu messen, die in drei Dimensionen verankert ist: der Einkommensqualität, der Arbeitsmarktsicherheit und der Qualität des Arbeitsumfelds. Finanzsektor und Finanzbeziehungen werden in den Arbeiten der OECD nunmehr in stärkerem Maße berücksichtigt, und Komplexität und Systemdenken werden häufiger behandelt, wobei dem Aspekt der Resilienz größeres Augenmerk zuteilwird. Um die Komplexität der Finanzmärkte und die Systemrisiken vollständig zu erfassen und dem Finanzsektor bei makroökonomischen Projektionen Rechnung zu tragen, sind noch weitere Arbeiten erforderlich.

Abbildung 5.1. Die OECD hat ein innovatives Instrumentarium entwickelt, um den Ländern besser bei der Bewältigung der zurzeit drängendsten Herausforderungen zu helfen

Thematik	Neue Perspektiven	Neue Politikinstrumente, Messgrößen und Werkzeuge
Inklusives Wachstum	Wohlergehen	Untersuchung der Verteilungen, Anwendung mehrdimensionaler Lebensstandardindikatoren, neue Messgrößen wie Beschäftigungsqualität
Umwelt	Langfristige Perspektive, Wechselwirkungen Wirtschaft/Umwelt	Messung der Naturkapitalbestände, integrierte Modelle, Messgrößen zur Strenge der Umweltpolitik, Zusammenhänge zwischen umweltpolitischen Maßnahmen und Ungleichheit
Produktivität	Langfristige Perspektive, Wohlergehen	Mikrodaten auf Unternehmensebene, Unternehmensverteilungen, Kompetenzverteilung und Verteilungseffekte von Innovation
Finanzsektor	Beziehungen zwischen Finanzsektor/Realwirtschaft, Komplexität, Wohlergehen	Berücksichtigung des Finanzsektors in ökonomischen Modellen und Prognosen, Messgrößen des Abstands zur Ausfallsschwelle, revidierte Annahmen bezüglich Risiken, Finanzierung und Ungleichheit
Vertrauen	Institutionen und Governance, Wohlergehen	Neue Messgrößen zu Vertrauen, Besteuerung und verantwortungsvollem unternehmerischen Handeln, neue Ansätze der Politikgestaltung

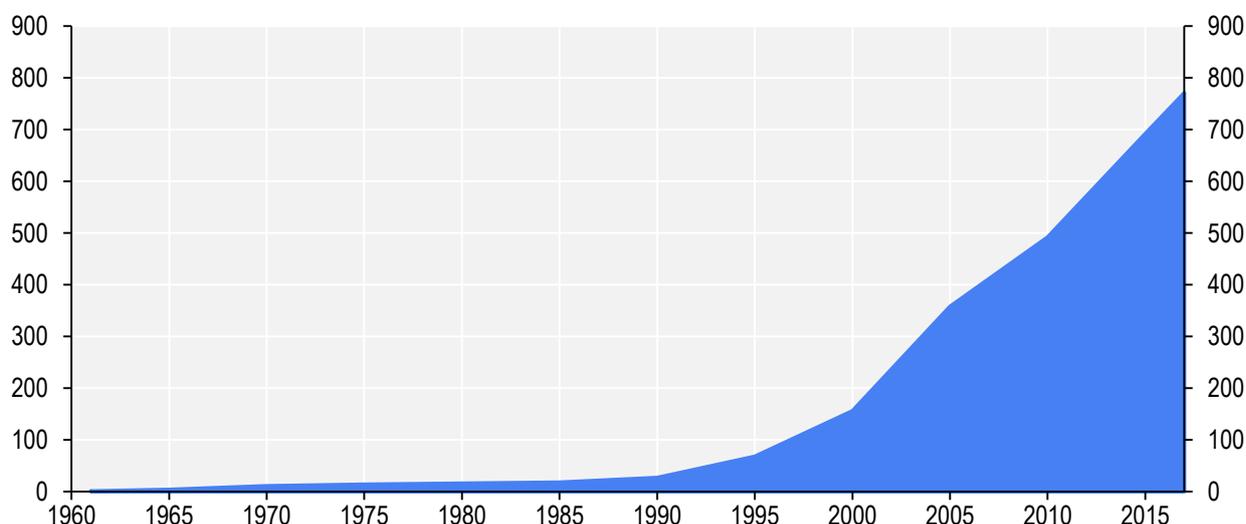


DIE OECD IST BESTREBT, IN BEZUG AUF DIE RELEVANZ UND DIE QUALITÄT GLOBALER STANDARDS WEITERHIN EINE FÜHRENDE ROLLE ZU SPIELEN

Anlässlich der Tagung des Rats der OECD auf Ministerebene 2013 bekräftigten die Ministerinnen und Minister „die Rolle der OECD als globaler ‚Standard-Setter‘“ und ersuchten die Organisation, „auf eine proaktive Aktualisierung und Ausweitung der existierenden Standards hinzuarbeiten und gegebenenfalls etwaige Lücken zu schließen, die auf diesem Gebiet auf globaler Ebene zutage treten könnten“. Die OECD verfügt bei der Festlegung von Standards über langjährige Erfahrung und ist in dieser Hinsicht einzigartig positioniert. Ihr umfangreiches Mandat ermöglicht ihr eine horizontale und multidisziplinäre Herangehensweise, die wichtige Zusammenhänge zwischen verschiedenen Politikbereichen aufzeigt. Dank ihres umfassenden technischen Fachwissens und der Fähigkeit, rasch zu reagieren, verfügt die OECD zudem über eine große Flexibilität, um neue Herausforderungen angehen und innovative Ansätze nutzen zu können. Seit ihrer Gründung im Jahr 1961 hat die OECD 265 Instrumente entwickelt, die von rechtsverbindlichen Entscheidungen und internationalen Abkommen (wie dem OECD-Übereinkommen zur Bekämpfung der Bestechung) bis hin zu nichtverbindlichen Empfehlungen (wie dem Standard für den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen und den G20/OECD-Grundsätzen der Corporate Governance) reichen, wobei Letztere das am häufigsten genutzte Rechtsinstrument sind (191 von 265). Zahlreiche OECD-Standards wie die OECD/G20-Standards zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung haben sich zu globalen Standards entwickelt. Im Lauf der Jahre hat die OECD mit Erfolg innovative Normen geschaffen, um neue Herausforderungen in Angriff zu nehmen, etwa die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen – die der erste umfassende Verhaltenskodex für die soziale Verantwortung von Unternehmen sind und vom deutschen G20-Vorsitz nachdrücklich unterstützt werden. Allen Rechtsinstrumenten der OECD können Nichtmitgliedsländer beitreten, und in den letzten Jahren hat sich die Zahl der Beitritte von Nichtmitgliedsländern drastisch erhöht (Abb. 5.2). Am 1. März 2017 belief sich die Zahl der Nichtmitgliedsländer, die mindestens einem OECD-Rechtsinstrument beigetreten sind, auf 136. Auch bei der Entwicklung der OECD-Standards werden Nichtmitgliedsländer in zunehmendem Maße eingebunden. Zurzeit überprüft die OECD ihre Instrumente, um sicherzustellen, dass sie weiterhin zeitnah den neuen Herausforderungen Rechnung tragen, denen sich die Länder gegenübersehen, und damit Wirkung und Relevanz zu erhöhen.

Dank ihres umfangreichen Mandats, ihres umfassenden technischen Fachwissens und ihrer Fähigkeit, rasch zu reagieren, ist die OECD einzigartig positioniert, um Standards für neue Herausforderungen zu entwickeln. Auch Nichtmitgliedsländer treten OECD-Instrumenten in zunehmendem Maße bei. Dies erhöht die Relevanz dieser Instrumente, die dadurch eine globale Reichweite erhalten.

Abbildung 5.2. Immer mehr Nichtmitgliedsländer treten OECD-Instrumenten bei
Zahl der Beitritte von Nichtmitgliedsländern zu OECD-Rechtsinstrumenten



Quelle: OECD-Berechnungen.



WAS DIE OECD BEITRAGEN KANN

DIE OECD UNTERSTÜTZT DEN DEUTSCHEN G20-VORSITZ

Die OECD unterstützt den deutschen G20-Vorsitz in vielen Bereichen – vom Eintreten für eine regelbasierte Wirtschaft über die Förderung der Digitalwirtschaft bis hin zur beschleunigten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

In dieser schwierigen Phase der neueren Geschichte, in der die Errungenschaften der internationalen Kooperation Gefahr laufen, durch vorwiegend national orientierte Politik, Abschottung und wirtschaftliche Fragmentierung aufs Spiel gesetzt und zunichte gemacht zu werden, ist es umso wichtiger, dass die Staats- und Regierungschefs der G20 in Hamburg die Notwendigkeit von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Multilateralismus und der Stärkung bzw. des Erhalts einer regelbasierten Wirtschaft deutlich unterstreichen. Vor diesem Hintergrund ist die Agenda des deutschen G20-Vorsitzes mit ihren drei Leitlinien für das gemeinsame Handeln der G20 – Stabilität sicherstellen, Zukunftsfähigkeit verbessern und Verantwortung übernehmen – von besonderer Relevanz. Die OECD setzt sich aktiv für die deutsche G20-Agenda ein (Abb. 5.3). Unter anderem hilft die OECD der G20, eine regelbasierte Wirtschaft und weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu fördern, indem den Mitgliedern der G20 Analysen, Standards und Instrumente der OECD zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise in den Bereichen internationaler Handel, Abbau der Überkapazitäten im Stahlsektor, Steuern, internationale Kapitalströme, verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln, Korruptionsbekämpfung und Corporate Governance. Darüber hinaus unterstützt die OECD die G20 dabei, die Chancen der digitalen Wirtschaft zu nutzen. So hat die OECD auf Wunsch des Vorsitzes einen Bericht über „Key Issues for Digital Transformation in the G20“ erstellt, der den Stand der Digitalisierung in den Volkswirtschaften der G20 analysiert und einen Überblick über die drängendsten Politikherausforderungen des digitalen Zeitalters bietet. Die zentralen Politikempfehlungen dieser Studie fließen in die Entwicklung einer zukunftsgerichteten digitalen Roadmap für die G20 ein. Ferner unterstützt die OECD die G20 dabei, die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu beschleunigen. Die OECD arbeitet für den deutschen Vorsitz und mit dessen großzügiger Unterstützung an einer Studie über Wachstum, Investitionen und den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft. Die Studie soll zeigen, dass eine mutige Umsetzung des Klimaabkommens ein neues Wachstumsmodell hervorbringen kann, das starkes Wachstum mit klimafreundlichem und nachhaltigem Wirtschaften vereinen und dazu beitragen würde, das wichtige Ziel von deutlich unter 2 Grad einzuhalten.

Abbildung 5.3. Die OECD wirkt an fast allen Arbeitsbereichen der G20 mit

Fokusbereiche der diesjährigen Kooperation sind dunkelblau, andere Kooperationsbereiche hellblau unterlegt

Stabilität sicherstellen	Zukunftsfähigkeit verbessern	Verantwortung übernehmen
Weltwirtschaft	Klima und Energie	Bekämpfung von Fluchtursachen
Handel und Investitionen	Agenda 2030	Partnerschaft mit Afrika
Beschäftigung	Digitalisierung	Terrorismusbekämpfung
Finanzmärkte/Internationale Finanzarchitektur	Globale Gesundheit	Antikorruption
Internationale Steuerkooperation	Stärkung von Frauen	Landwirtschaft/ Ernährungssicherung

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Die OECD ist ein einzigartiges Forum, in dem Regierungen gemeinsam an der Bewältigung von wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Herausforderungen der Globalisierung arbeiten. Die OECD steht auch ganz vorne bei den Bemühungen um ein besseres Verständnis neuer Entwicklungen und unterstützt Regierungen, Antworten auf diese Entwicklungen und die Anliegen der Regierungen zu finden, beispielsweise in den Bereichen Corporate Governance, Informationswirtschaft oder Bevölkerungsalterung. Die Organisation bietet den Regierungen einen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, ihre Erfahrungen mit Politiken auszutauschen, nach Lösungsansätzen für gemeinsame Probleme zu suchen, gute Praktiken aufzuzeigen und auf eine Koordinierung nationaler und internationaler Politiken hinzuarbeiten.

Die OECD-Mitgliedsländer sind: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Lettland, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, die Schweiz, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Europäische Union beteiligt sich an der Arbeit der OECD.

OECD Publishing sorgt für eine weite Verbreitung der Ergebnisse der statistischen Datenerfassungen und Untersuchungen der Organisation zu wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Themen sowie der von den Mitgliedstaaten vereinbarten Übereinkommen, Leitlinien und Standards.

OECD-Publikationsreihe „Better Policies“

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) will eine bessere Politik für ein besseres Leben ermöglichen, indem sie den Ländern ein Forum für den Austausch von Erfahrungen und die Suche nach Lösungen für gemeinsame Probleme bietet. Wir arbeiten mit unseren 34 Mitgliedstaaten, wichtigen Partnern und über 100 anderen Ländern zusammen, um ein besseres Verständnis der Antriebskräfte des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wandels zu gewinnen und so das gesellschaftliche Wohlergehen in aller Welt zu fördern. Die OECD Publikationsreihe „Better Policies“ gibt einen Überblick über die entscheidenden Herausforderungen, vor denen die jeweils behandelten Länder stehen, und fasst die wichtigsten Empfehlungen der OECD zu ihrer Bewältigung zusammen. In dieser Publikationsreihe, die sich auf das Fachwissen der OECD im Bereich des Vergleichs der Erfahrungen verschiedener Länder und der Identifizierung bester Praktiken stützt, werden die Politikempfehlungen der OECD differenziert auf die konkreten, aktuellen Prioritäten von Mitglieds- und Partnerländern abgestimmt, wobei im Vordergrund die Frage steht, wie Reformen umgesetzt werden können.

www.oecd.org/germany
OCDE Paris
2, rue André Pascal, 75775 Paris Cedex 16
Tel.: +33 1 45 24 82 00

